

# Presseecho

Der Landesparteitag

Kommentar von Horst-Werner Hartelt im Deutschlandfunk 27.6.1981

Die Jungsozialisten mögen reden, was sie wollen, - auch die links-linken Bundestagsabgeordneten vom Schlage Karl Heinz Hansen können lamentieren, soviel sie nur wollen, die SPD, und dies heißt konkret, der stärkste Landesverband mit 300 000 Mitgliedern in Nordrhein-Westfalen, läßt sich nicht beirren, ja, er hat heute auf dem Messogelände in Köln Vertrauensbeweise für Bundeskanzler Schmidt, für den Parteichef Brandt und Ministerpräsident Rau geradezu manifestiert.

Der nun schon seit Monaten umstrittene NATO-Doppelbeschluss wurde auf diesem Landesparteitag eindeutig bestätigt, und dies nicht etwa, weil die Delegierten diesen Beschluß für die Ewigkeit richtig halten, nein, sondern weil sie, wie Johannes Rau, Antje Huber und Friedhelm Farthmann sagten, dem Bundeskanzler bei seinen weiteren Gesprächen innerhalb der westlichen Allianz und weil sie dem Parteichef Willy Brandt bei seinen unmittelbar bevorstehenden Konferenzen in Moskau den Rücken freihalten wollen.

Dies bleibt über den Tag hinaus festzuhalten: auch die SPD Nordrhein-Westfalens erkennt nicht etwa in der amerikanischen Formel "Abrüstung durch Aufrüstung" die einzige Politik für dieses zu Ende gehende Jahrhundert, auch die SPD an Rhein und Ruhr teilt die Sorgen, wie sie in der Friedensbewegung zum Ausdruck kommen, aber die SPD akzeptiert nicht den emphatischen und einseitigen Ruf "Frieden ohne Waffen". Was ja nach Lage der Dinge, nach Raketen-Lage der Roten Armee nur die Sowjets stärkte.

Es war sicherlich die beste Stunde dieses mit Spannung erwarteten Landesparteitages, als der robuste Arbeitsminister Friedhelm Farthmann und Ministerpräsident Johannes Rau die Sozialdemokratie gegen die Polemik von verschiedenen Seiten in Schutz nahmen, als sie sagten, es müsse endlich mit dem Unfug in bestimmten Diskussionszirkeln Schluss gemacht werden, wonach die Partei einer Aufrüstung das Wort rede, während die anderen draußen vor der Tür, die Grünen, die Blauen, die Roten, die Kunterbunten ganz allein die wahren Friedensbringer seien. Nach diesen Reden hatten die über dreihundert Delegierten Gelegenheit, ihrem Landesvorsitzenden Johannes Rau das Ja oder

Nein zu seiner Politik per Stimmzettel mitzuteilen, und es muß unter den gegebenen Umständen doch schon als eine Sensation gewertet werden, daß Rau 92 Prozent aller Stimmen auf sich vereinte. Gewiß, vor zwei Jahren noch waren es 95 Prozent, aber was alles ist seitdem geschehen! Die Landespartei steht mit ihrer absoluten Mehrheit im Landtag vor Problemen über Problemen, die Zeit, da Politik in erster Linie eine angenehme Beschäftigung des Geldverteilens war, da die Regierungsmitglieder Jahr um Jahr in allen Regionen das Füllhorn ausschütten und damit weitgehend gute Laune unter Wählern, unter den Parteimitgliedern verbreiteten, ist vorbei und fast möchte man hinzufügen auch - vertan!

Zudem ist es in der SPD Mode geworden, daß Einzelfiguren und kleinste Minderheiten den Streit mit der Mehrheit nicht mehr in der Partei selbst austragen, sondern daß sie sich der Medien bedienen. Da werden Konflikte wie Luftballons aufge-

blasen, bis es knallt, da werden Geschichten wie Lügen in die Welt gesetzt - oder wie die Jungsozialisten es gerade erst machten: Sie forderten den Ministerpräsidenten und Landesvorsitzenden Rau auf, er möge auf der Stelle sein Amtsgelalt um 3 000 Mark monatlich kürzen. Welch ein Betrag, Welch ein Mumpitz.

Fazit dieses Landesparteitages: Die SPD ist viel stärker, viel geschlossener, als draußen angenommen. Die SPD ist aber immer noch schwach wie bei Antritt der Regierungsverantwortung in Düsseldorf und in Bonn, wenn es zwischen den Parteitag und in der Zeit zwischen den Regierungserklärungen darauf ankommt, ihre Politik darzustellen und ihre Wenn und Aber zu vertreten. Die SPD läßt sich Krisen aufrufen und steckt dann prompt in Vertrauenskrisen - weil der Wähler nicht mehr weiß, was er denken soll, weil die Mitglieder nervös werden und weil Krawallmacher die Organisation mißbrauchen. Und noch eins: Wäre heute Erhard Eppler in Köln zu Wort gekommen, der NATO-Doppelbeschluss wäre gewiß mit gleichem Votum bestätigt worden und dennoch hätte Eppler die Aufmerksamkeit der Partei gefunden, denn Sorge um die Zukunft haben sie alle und die Toleranz für den Nebenmann gibt es noch, wengleich auch in diesem wunden Punkt die SPD insbesondere wegen der unsolidarischen Jusos weiter vor sich hin leidet.

"Ein eindrucksvoller Parteitag"

Ein Bericht von Wolf Bierbach u.a. mit Redeausschnitten von Ministerpräsident Johannes Rau in "Forum West", Westdeutscher Rundfunk, III. Programm (29.6.1981)

Moderatorin: Während sich die Jungsozialisten auf ihrem Bundeskongress in Lahnstein einstimmig gegen den Nachrüstungsdoublebeschluss der Nato aussprachen, hat Ministerpräsident Johannes Rau bei dem Landesparteitag seiner Partei in Köln das Ziel, das er sich gesteckt hatte, erreicht: Die SPD in Nordrhein-Westfalen ist seiner Linie gefolgt, Bundeskanzler Schmidt den Rücken zu stärken. Daß dies nicht bedeutete, innerparteilich notwendige Diskussionen abzuwürgen, hat Wolf Bierbach in Köln beobachtet.

Bierbach: Es war ein fleißiger Parteitag und ein eindrucksvoller obendrein, der sechste ordentliche Landesparteitag der SPD, erst der sechste, weil es den Landesverband erst seit Ende der 60er Jahre gibt. Beeindruckend war natürlich zunächst das überragende Vertrauensvotum für Johannes Rau, der mit 92 Prozent der Delegiertenstimmen zum dritten Male Landesvorsitzender wurde. Die Zustimmung für seine beiden Stellvertreter, für Christoph Zöpel und Antje Huber, zielte zwar nicht ganz so deutlich aus, aber auch sie konnten zufrieden sein. Das eigentlich Bemerkenswerte dieses Parteitages war aber der Ernst der Diskussion über die Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Aus der Sicht der Landespolitik mag man zwar bedauern, daß dadurch der Parteitag etwas kopflastig wurde, angesichts der innerparteilichen Diskussion über dieses Thema war es aber richtig, die großen Komplexe Bildungspolitik, mit Ausnahme der Gesamtschule, Medienpolitik und Umweltschutz einem Landesausschuß zu überweisen, das höchste Parteigremium zwischen den Parteitagen. Landespolitisch wichtig war die Annahme des Leittrages des Vorstandes zur Wohnungspolitik, Hausbesetzungen wurden als rechtswidrig eingestuft, und zur Energiepolitik, vorsichtiger Ausbau der Kernenergie, Vorrang der Kohle. Aber wie gesagt, Sicherheitspolitik stand im Mittelpunkt. Auch die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen boten in den letzten Monaten manchmal ein Bild der Zerissenheit, wenn es um den Nachrüstungsbeschluss der Nato ging. In seinem Grundsatzreferat verteidigte Rau, der ebenso wie sein Stellvertreter Diether Posser betonte, er komme aus der Friedensbewegung, gemeint war die ehemalige Zugehörigkeit zur Gesamtdeutschen Volkspartei, die innerparteiliche Diskussion.

Rau: Die Partei war immer dann stark, wenn in ihren Diskussionen deutlich wurde, daß wir uns gegenseitig übertreffen wollten an schöpferischen Ideen, an umsetzbaren Vorschlägen zur Besserung der Situation der Bürger. Und die Partei war immer dann schwach, wenn man den Eindruck hatte, wo die zusammenkommen, sind die so mit sich selber beschäftigt, daß unsere Sorgen nicht mehr stattfinden. Ich rede also keiner falschen Harmonielehre das Wort, ich rede nicht das Wort dem Einheitsbrei der Meinung. Aber ich rede das Wort der offenen Diskussion, an dessen Ende die geschlossene Haltung stehen muß, damit wir erkennbar, auffindbar, mit Profil und Gesicht für Bürger annehmbar sind, denn unsere Annehmbarkeit, die ist der Schlüssel zum Wahlerfolg.

Bierbach: Die CDU krisisierte Rau, weil sie die Friedensdiskussion nicht führe. Er erinnerte die Delegierten aber auch an das Godesberger Programm, mit dem sich die Sozialdemokratie sowohl zur Landesverteidigung wie zur Entspannung bekannt hat. Der breiten Friedensdiskussion müsse sich die SPD stellen, dürfe aber keiner Gegenkultur hinterherlaufen. Nach Rau verurteilten mehr als zehn Delegierte den Nachrüstungsbeschluss scharf, sprachen von einem Aufrüstungsbeschluss und zitierten immer wieder

aus Büchern von Helmut Schmidt, in denen dieser vor mehr als zehn Jahren vor Mittelstreckenraketen gewarnt hatte, und um eben diese geht es ja in der Diskussion um die Nachrüstung. Zu den schärfsten Kritikern in der Aussprache über Raus Grundsatzreferat gehörte der Delegierte Albert Wegmann.

Wegmann: Mich wundert es nur, daß Großfürsten nicht zur Kenntnis nehmen wollen, daß die Bürger in diesem Lande offenbar mehr Sorge haben vor dieser Nachrüstung und vor diesem Doppelbeschuß, als vor dem, was die Sowjets mit der Stationierung oder angeblichen Stationierung ihrer Raketen auf der anderen Seite offensichtlich tun. Ich meine, das muß doch zum Nachdenken reichen.

Genossinnen, Genossen! Wir sprechen von Aufrüstung, wir sprechen von Nachrüstung, wobei wir doch ganz klar sehen müssen, daß die Nachrüstung doch im Grunde genommen eine ganz kalte Aufrüstung ist und daß das doch nur ein verwischendes Wort dafür ist.

Bierbach: Eine Kommission des Landesvorstandes unter Vorsitz von Finanzminister Diether Posser hatte einen Leitantrag erarbeitet, mit dem man sich zum Nato-Doppelbeschuß bekannte, aber auch den Vorrang von Verhandlungen nachdrücklicher als in diesem unterstrich. Schmidt, so Rau, müsse gestärkt in die Verhandlungen über diesen Beschuß gehen.

Rau: Daß der Doppelbeschuß, der so viele Menschen im Lande ärgert, bewegt, stört, manche in Angst versetzt, daß dieser Doppelbeschuß, der kein Aufrüstungsbeschuß ist, sondern ein Doppelbeschuß, daß der die einzige Chance ist, beide Seiten an den Verhandlungstisch zu bekommen, und deshalb bin ich dafür. Ich will, daß Helmut Schmidt gestärkt durch seine Partei in die Verhandlungen geht und auf Verhandlungen drängt.

Bierbach: Noch in der Vorstandssitzung vom Freitag war der Antrag geändert worden, war eine Passage über die Friedensbewegung aufgenommen worden. Dem Parteitag lag dann eine Reihe von Anträgen, in denen der Doppelbeschuß entschieden verurteilt wurde, und ein geänderter Leitantrag des Landesvorstandes vor. Währenddessen formulierte der Landtagsabgeordnete Peter Heinemann, ein Sohn des früheren Bundespräsidenten, einen Initiativvertrag in dem die vieldeutigen Äußerungen der Amerikaner zum Verhandlungsbeginn mit der Sowjetunion entschieden kritisiert und die von vielen Rednern beschriebene Sorge artikuliert wurde, die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen fordere einen sowjetischen Erstschlag heraus. Das Kriegsrisiko werde damit auf Europa verlagert. Ein Moratorium, also ein Einfrieren der Nachrüstung in Ost und West während der Dauer der Verhandlungen sei sinnvoll und außerdem müsse geprüft werden, ob seegestützte Raketen, also Mittelstreckenraketen auf U-Booten nicht die bessere Lösung seien. Für seegestützte Raketen hat sich ja auch Bundeskanzler Helmut Schmidt früher einmal ausgesprochen. Die Antragskommission übernahm wesentliche Teile dieses Antrages, so die Formulierung über ein Moratorium und die Besorgnis über den Verhandlungswillen der USA, verwarf dagegen den Vorschlag über seegestützte Raketen und mochte Heinemann und seinen Freunden auch nicht in der Formulierung folgen, die amerikanischen Mittelstreckenraketen Pershing II und Marschflugkörper sind auf den Westen der UDSSR gerichtete Erstschlagwaffen, die den sowjetischen Erstschlag herausfordern können und so ohne Beteiligung der Europäer einen auf Europa, einschließlich des westlichen Teils der UDSSR begrenzten Atomkrieg ermöglichen. In dem schließlich mit 80 bis 90 Prozent der Delegierten gegen 21 Uhr verabschiedeten Antrag heißt es, das Wettrüsten bekomme in quantitativer wie in qualitativer Hinsicht eine neue Dimension, sowohl durch die sowjetischen Mittelstreckenraketen wie durch die amerikanischen. Wichtig war auch eine Änderung der Definition der Aufgaben der Bundeswehr. Im ursprünglichen Leitantrag des Vorstandes hatte es geheißen: Die Bundeswehr ist eine demokratische Armee und hat unser Vertrauen. Die endgültige Fassung lautet, Die Bundeswehr hat im Rahmen des Nato-Bündnisses aus-

schließlich einen Verteidigungsauftrag. Die Bundeswehr ist eine demokratische Armee und hat unser Vertrauen. - Insgesamt wurde nach langen fairen Diskussionen, in denen viele überzeugt, aber keiner vergewaltigt wurde, ein Antrag verabschiedet, der Richtschnur auch für andere Landesverbände der SPD sein könnte.

Der Interpretator

Kommentar von Wolf Bierbach/Westdeutscher Rundfunk, I. Programm  
(29.6.1981, 17.25 Uhr)

Wer hätte das gedacht, 91,8, oder sagen wir es abgerundet, sage und schreibe 92 % der Delegierten haben am Wochenende Ministerpräsident Johannes Rau in seinem Amt als Landesvorsitzender der SPD von Nordrhein-Westfalen bestätigt. Rau ist damit von einem Spezialisten für knappe Mehrheiten, als den er sich bezeichnete, als er 1977 auf dem vierten Landesparteitag in Duisburg erst im zweiten Wahlgang und nur mit drei Stimmen Mehrheit gegen Friedhelm Farthmann erstmals Vorsitzender des mit 300.000 Mitglieder größten Landesverbandes der SPD wurde, Rau ist inzwischen ein Spezialist für breiteste Mehrheiten geworden. Gewiß, 1979 erreichte er das schon fast unanständig zu nennende Ergebnis von 95 % der Stimmen, aber damals standen Wahlen ins Haus, wurde Geschlossenheit demonstriert. Am Wochenende war die Situation anders. Rau regiert seit mehr als einem Jahr in Düsseldorf mit einer absoluten Mehrheit und hat weiß Gott nicht alle Erwartungen der Parteibasis erfüllt, weil er fern aller Ideologie und angesichts der leeren Landeskassen einen eher behutsamen Kurs steuert, beispielsweise in der Gesamtschulfrage. Kritik von der vielbeschworenen Parteibasis bleibt da nicht aus. Angesichts dieser Situation wiegen die 92 % vom Samstag erheblich mehr als die 95 % von 1979. Raus Position in der SPD ist so unangefochten wie noch nie, wenn denn seit 1979 überhaupt noch eine Steigerung möglich war. Mehrere Faktoren haben dazu beigetragen, zuvorderst sein Führungsstil und sein Naturell. Zu Unrecht hat man ihm in der Vergangenheit Zögerlichkeit und mangelnde Entscheidungsfreudigkeit vorgeworfen. Sein Führungsstil durch Diskussion wurde häufig nicht verstanden. Es wurde vielfach übersehen, daß er wie kein anderer erfolgreich das Gespräch mit allen Flügeln der Partei, mit der jungen Linken ebenso wie mit den Gewerkschaften gesucht und gefunden hat. Hinzu kommt, daß er bei der Auswahl seiner Minister und Berater Geschick bewiesen hat. Ob man Hans Otto Bäumer, Reimut Jochimsen, Christoph Zöpel, Herbert Schnoor, Friedhelm Farthmann oder Diether Posser nimmt, um nur einige zu nennen, alle haben hohe Qualifikationen, alle sind mehr als nur Verwalter ihres Amtes. Raus Kabinett sucht seinesgleichen in anderen Bundesländern. Hinzu kommt, daß die SPD in Nordrhein-Westfalen, nicht zuletzt dank des Engagements der Bezirksvorsitzenden Bäumer, Schlatter, Heinemann und Junker, trotz gelegentlicher Querelen intakt und gesprächsfähig ist. Dies hat die Diskussion über den Nachrüstungsbeschuß auf dem Landesparteitag in Köln bewiesen. Das war ein Musterbeispiel innerparteilicher Demokratie und Vorbild für andere Parteien. Wer verfolgt hat, wie im Laufe stundenlanger Diskussionen ein Leitantrag des Landesvorstandes so verändert wurde, daß er für den linken Parteiflügel akzeptabel wurde, dennoch aber wichtige Stütze für die Politik von Bundeskanzler Schmidt blieb, der kann nur den Hut ziehen. Eine Partei, die zu solchen Diskussionen noch fähig ist, in der niemand mit einem Rücktritt drohen muß, um bestimmte Ziele durchzusetzen, eine solche Partei hat ihre Zukunft noch nicht hinter sich. Der SPD ist in den letzten Wochen manchmal der Vorwurf der Zerrissenheit gemacht worden. Für einige Landesverbände trifft dies sicherlich zu. Für Landesverbände, in denen auch wegen mangelnder Führungsqualitäten kein Konsens zwischen den Flügeln gefunden wurde. Für die von Johannes Rau geführte SPD Nordrhein-Westfalen trifft dies nicht zu. Rau, dem Taktik zwar kein Fremdwort ist, dem Überzeugung aber am Herzen liegt, Johannes Rau, das haben die Auseinandersetzungen der letzten Wochen und vor allen Dingen auf dem Landesparteitag bewiesen, ist im Stande, höhere Aufgaben in der Partei zu erfüllen, könnte einmal Nachfolger von Willy Brandt werden. Ich halte ihn für fähig, nicht nur

*Fahrtzeit*

Düsseldorf, 29.6.81

## SPD drängt auf Hilfe für die Hütten

waz KÖLN  
Größte Besorgnis über den drohenden Abbau von Arbeitsplätzen in der Stahlindustrie hat der SPD-Landesparteitag in Köln geäußert. Die jetzt bis 1985 erlaubte Subventionspolitik in den anderen europäischen Stahlländern bedeute weitgehende Arbeitsplatzvernichtung in der Bundesrepublik. Die Landesregierung wurde aufgefordert, bis Ende 1981 festzulegen, welche finanziellen Leistungen möglich sind, um die Arbeitsplätze zu sichern.

In der Debatte warf Wirtschaftsminister Jochimsen der EG-Kommission vor, sie hätte „versagt“. Doch habe auch die inkonsequente Europa- und Industriepolitik der Bundesregierung zu der Krise beigetragen. Sprecher der Revierstädte beschworen die katastrophalen Folgen, die ein weiterer Arbeitsplatzabbau vor allem in Dortmund, Duisburg und Gelsenkirchen haben würde. Auch die SPD müsse überlegen, daß die Stahlkrise ihre treuesten Wähler treffe, die ihr bisher noch immer vertraut hätten.

Westdeutsche Allgemeine

# NRW-SPD geschlossen hinter Schmidt und Rau

Ja zum Doppelbeschluß, aber Mahnungen an die USA

Von RALF LEHMANN

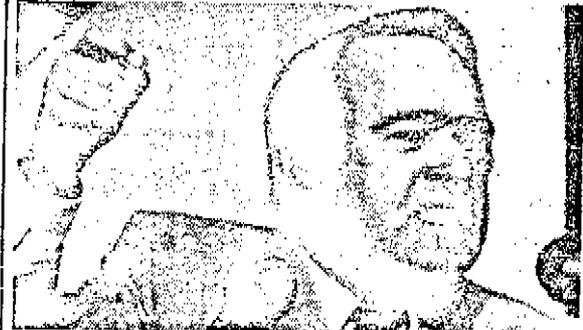
waz KÖLN  
Die SPD in Nordrhein-Westfalen steht nahezu geschlossen hinter Bundeskanzler Schmidt. Bei nur wenigen Gegenstimmen sprach sich der Landesparteitag in Köln demonstrativ für die Friedens- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung aus und bekräftigte den NATO-Doppelbeschluß. Der Parteitag zeigte sich aber besorgt über die Haltung der USA und forderte mit Nachdruck den Vorrang von Abrüstungsverhandlungen.

## Landeschef mit 92 vH wiedergewählt

Der SPD-Landesvorsitzende, Ministerpräsident Johannes Rau haute damit seine Position innerhalb der Bundes-SPD weiter aus. Er steht auch weiter unangefochten an der Spitze der Landespartei. Mit 92 vH der Stimmen wurde er wieder zum Landesvorsitzenden gewählt. Wiedergewählt wurden mit je 217 von 316 Stimmen seine Stellvertreter Antje Huber und Zöpel. Von den Beisitzern erhielt Posser mit 289 die meisten Stimmen.

Der Abstimmung über den Leit Antrag zur Friedenspolitik ging eine lange, lebhafte, im Vergleich zu den Auseinandersetzungen in anderen SPD-Landesverbänden aber sehr sachliche Diskussion voraus. Dabei appellierten Rau ebenso wie die Landesminister Posser und Farthmann leidenschaftlich an die Delegierten, die Position des Bundeskanzlers nicht durch ein Nein zum Doppelbeschluß zu schwächen. Der Doppelbeschluß sei „die einzige Chance“. Ost und West an den Verhandlungstisch zu bringen, sagte Rau unter großem Beifall.

Man dürfe, ermahnte Rau in Bezug auf den Bundeskanzler die Delegierten, „Leute nicht hochjubeln und dann herunter-



ERFOLGREICH am Steuer des mitgliederstärksten SPD-Landesverbandes: Johannes Rau auf dem Kölner Parteitag. Foto: Reeh

terholen.“ Die SPD dürfe nicht die eigenen Querelen zum Gegenstand der Auseinanderset-

zung machen, sondern müsse sich mehr mit der CDU beschäftigen, die in unverantwortlicher Weise die Ängste

der Bürger vor der Nachrüstung übergehe.

Die Aussagen der Landespartei zur Friedenspolitik wurden auf dem Parteitag noch wesentlich verändert. Ausdrücklich heißt es nun: „Die SPD ist mit weiten Teilen der Bevölkerung besorgt über die bislang unklare amerikanische Haltung.“ Die Europäer hätten Anspruch auf Klärung der lebenswichtigen Frage, ob die USA wirklich bald verhandeln oder, möglicherweise durch vorherige Stationierung der neuen Waffensysteme in Europa, eine Position der Stärke erlangen wollten.

Vertrauen aus NRW

KOMMENTAR SEITE 2

Das Ja von Köln  
Ist Raus Meisterstück  
BERICHT + HINTERGRUND

Westdeutsche Allgemeine

Fortsetzung

Der Integrator

Kommentar von Wolf Bierbach/Westdeutscher Rundfunk, I. Programm (29.6.1981, 17.25 Uhr)

seine Landespartei in Ordnung zu halten, sondern auch die Bundes-SPD wieder in Ordnung zu bringen. Für verfrüht und gefährlich halte ich dagegen Spekulationen, in denen er schon als möglicher Nachfolger von Helmut Schmidt genannt wird. Diese Stiefel sind zu groß, noch zu groß.

Neue Westfälische

Ministerpräsident Rau: Wir brauchen mehr Gemeinschaftserlebnisse

# Nordrhein-westfälische SPD präsentierte sich einig und stabil

Von unserem Redaktionsmitglied

Köln (Eig. Ber./som). In einer Zeit, in der Führungs- und Regierungsfähigkeit von Sozialdemokraten vielerorts harte Belastungsproben verkraften muß, wirken spätestens nach ihrem Landesparteitag am Samstag in Köln die nordrhein-westfälische SPD und ihr Landesvorsitzender, Ministerpräsident Johannes Rau, wie eine Insel der Stabilität im aufgewühlten Meer. Der mitgliederstärkste Landesverband der Sozialdemokraten präsentierte sich einig in Personal- und Sachfragen und offenkundig immun gegen den selbstzerstörerischen Bazillus unversöhnlicher Anfeindungen aus den eigenen Reihen.

Dabei hatte ein „Bulletin“ der Kölner Jungsozialisten der Patientin SPD noch „Influenza militaristica“ diagnostiziert, mit Symptomen wie „Kopfwackeln, Zittern der Extremitäten, Bewußtseinsverlust und Identitätskrise“. Die Delegierten der Landes-SPD fabrizierten jedoch nichts, was dieses Krankheitsbild bestätigte. Sie schenkten im Gegenteil ihrem Vorsitzenden mit 92 Prozent der Stimmen zum dritten Male das Vertrauen und eine etwa ebenso große Mehrheit schloß sich in der emotionsbeladenen Frage des NATO-Doppelbeschlusses der Vorstands-Linie an und unterstützte so auch die Politik des SPD-Bundeskanzlers in Bonn.

Johannes Rau hat Fraktion und Partei bisher nicht mit der Vertrauensfrage

drohen müssen. Wann immer er auftritt, predigt Rau Behutsamkeit und Nachdenklichkeit, mit einem Schuß Lebensfreude auch in schwierigen Zeiten. Der Pastorensohn („Man erwartet ja ständig Bibelsprüche von mir“) hat es bisher geschickt vermieden, dieser oder jener Partigruppierung größere Reibungsflächen zu bieten. Er zögert lieber das „Einsetzen der Plöcke“ hinaus, um Kompromisse zu finden, in denen sich die Mehrheit der Partei wiederfinden kann. Hinzu kommen die Fähigkeit zum Ausgleich, um die ihn andere Spitzengenosser beneiden, und taktisches Raffinement hinter den Kulissen.

Die Integrationskraft Raus wird auch dadurch begünstigt, daß die SPD in Nordrhein-Westfalen angesichts der

prägenden Kräfte des Ruhrgebiets noch sehr stark den Strukturen und der historischen Erbmasse einer Arbeiterpartei verhaftet ist. An der Ruhr, wo Sozialdemokraten in erster Linie auch Mitglieder der IG Metall und der IG Bergbau sind und wo viele von ihnen noch Schweißen an den Händen haben, hätte ein Eppler oder ein Klose nie eine Chance gehabt. Raus unkomplizierte Appelle werden fast begeistert angenommen: „Wir brauchen wieder mehr Gemeinschaftsgefühl, wir brauchen auch wieder mehr Gemeinschaftserlebnisse in der Partei.“

Daß die Frage: Doppelbeschluß — ja oder nein? nicht die wichtigste dieses Parteitages sein würde, war klar. Alle Argumente waren innerhalb der SPD seit Wochen ausgetauscht. Außerdem gibt der jetzt verabschiedete Antrag Verhandlungen eindeutig den Vorrang zu einer automatischen Stationierung der Mittelstreckenwaffen dürfte es nicht kommen. Deshalb soll der nächste SPD-Bundesparteitag 1982 „eine Bestandsaufnahme der Rüstungskontrollverhandlungen als Grundlage für weitere sicherheitspolitische Schritte“ vorlegen. Wer es bis dahin noch nicht so recht verstanden hatte, dem hämmerte es Landesminister Friedhelm Farthmann ein: Der Nachrüstungsbeschluß sei keine Blankovollmacht für die Amerikaner. Der Doppelbeschluß bedeute die Erhaltung der Verhandlungsposition von Schmidt und Brandt: „Wir halten uns aber offen, daß wir an einen Punkt kommen, wo wir den Amerikanern nicht mehr folgen können.“

Viel drängender bewegen die nordrhein-westfälische SPD Probleme der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik. Die Arbeitslosenziffern im Ruhrgebiet haben sich jetzt auf dem relativ hohen Niveau von sieben Prozent eingependelt, hervorgerufen hauptsächlich durch den Arbeitsplatzabbau in der Stahlindustrie. Hier sei zwar eine freiwillige Regelung über Produktions- und Lieferquoten auf EG-Ebene anzustreben, gleichwohl setze die SPD wenig Hoffnung auf die Kompromißfähigkeit in der Europäischen Gemeinschaft. Deshalb fordert die Partei ein beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm, zu dem eine Senkung der Zinsen (wenn nicht weltweit, so durch die Bundesbank allein) und die Aufgabe der vom Finanzplanungsrat für Bund, Länder und Gemeinden gesetzten Begrenzung des Ausgabenzuwachses für 1981 von vier Prozent.

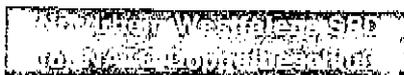
Sicherheit noch häufiger genannt war

Getreu dem Grundsatz unserer Zeitung, vielfältigen Meinungen Raum zu geben, vermitteln wir den Namen des Verfassers gezeichnete Beiträge auf dieser Seite die persönliche Auffassung des Autors. Sie möchten zur eigenen Weiterbildung des Lesers beitragen.

den, wenn Nachfolgediskussionen für höchste Bonner Ämter abgehalten werden. Neben Brandt, Schmidt und dem Berliner „Notopfer“ Hans-Jochen Vogel gehört Rau spätestens seit dem Wochenende zum Top-Team der Bundes-SPD.

Rau redet nicht einer starren sozialdemokratischen Linie das Wort. Die in- und parteiinterne Diskussion ist unverzichtbar, am Ende muß für ihn aber selbstverständlich die geschlossene Haltung stehen. Außer Standpunkten sollte die SPD aber auch noch Horizonte und Perspektiven haben, Hoffnung vermitteln können, Tugenden, die nicht nur bei den Sozialdemokraten seit Jahren zu kurz kommen. Die SPD braucht sicherlich keine Diskussion um neue Grundwerte, sie hat anderen Parteien voraus, daß sie sich auf alte rückbesinnen kann.

Westfalen-Blatt



## Zweifel in Richtung Washington

Köln (WB). »Die nordrhein-westfälische SPD steht zum NATO-Doppelbe-

schluß, ist aber gleichzeitig über die bislang unklare amerikanische Haltung besorgt.« Nach langer kontroverser Diskussion wurde am Wochenende auf dem Landesparteitag in Köln eine Entscheidung verabschiedet, die die Politik von Bundeskanzler Helmut Schmidt unterstützt.

Ziel von Verhandlungen müsse es sein, daß die Sowjetunion keine

Fortsetzung

Differenzen auf dem SPD-Landesparteitag in Köln

# »Wenn wir streiten Streit an Streit«

Von Hans Götzl

Köln (WB). Als Streitschlichter hat sich Ministerpräsident Johannes Rau auf dem Parteitag der nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten in Köln bemüht. Eindringlich erinnerte Rau seine zerstrittenen Genossen daran, was es für eine 20jährige »Plackerei« gewesen sei, bis Sozialdemokraten endlich in der Regierung gesessen hätten. Dies sei aber nur gelungen, weil man damals darauf verzichtet habe, immer die eigenen Quereien zum Gegenstand der Auseinandersetzung zu machen. Rau gab zu bedenken, daß der Wähler sehr genau die Differenzen zwischen dem, was wir sagen und tun, feststelle. »Wenn man aber nur noch vom Streit hört, möchte man sich an liebsten verkriechen«.

Ganz schlimm für die Partei werde es aber in dem Augenblick, wenn man die Menschen nicht mehr wiederfinden würde, um deren Sorgen wir uns streiten.

In einem Anflug kritischer Erkenntnis gestand Rau, daß immer mehr Menschen die SPD zweifelnd fragen, ob sie außer ihrem eigenen Standpunkt auch noch neue Horizonte und neue Perspektiven aufzuweisen habe. Es gelte, so der Ministerpräsident, alle Mängel aufzuzeigen, »auch wenn sie bei uns selber liegen. Erst wenn wir neue Frei Räume zum politischen Handeln finden, werden wir die Krise meistern«, betonte der Ministerpräsident.

Etwas handfester formulierte das Unbehagen, das mittlerweile die gesamte SPD erfaßt hat, ein altge-

dienter Betriebsratsangehöriger aus Lemgo: »Wir müssen wieder ins Land gehen, und die Vertrauenslücke schließen. Wir dürfen vor den Diskussionen über Arbeitslosigkeit und anderen brunnenden Themen nicht kneifen. Wir müssen uns fragen lassen, welchem Kurs wir eigentlich folgen. Zur Zeit herrscht in der SPD nicht Wärme und Geborgenheit, sondern Kälte und Management. Wenn wir nur streiten »Streit an Streit«, können wir das Vertrauen der Wähler nicht gewinnen.«

Irritiert und wütend gebärdete sich ein junges SPD-Mitglied vor dem Rednerpult. Irritiert deshalb, weil seiner Meinung nach der Ministerpräsident die Resolution zum Nato-Doppelbeschluß weitgehend allein gefaßt habe, um so einer grundlegenden Diskussion über Frieden und Abrüstung aus dem Weg zu gehen. Er habe, so der erzürnte Juso, einen Pflasterstein parat, den er jedoch nicht werfen,

sondern nur präsentieren wolle, als Sinnbild eines moralischen Widerstandsrechts.

Da hielt es die Bundesfamilienministerin und stellvertretende SPD-Vorsitzende von NRW nicht mehr länger auf ihrem Saesel. Erboost und mit vibrierender Stimme maßregelte sie den verdutzten Jungsozialisten. »Uns könnt ihr in Eurem Erledenswillen nicht über treffen. Wir haben genug Erfahrung und auch die besseren Rezepte.«

Auch der Arbeits- und Sozialminister von NRW, Friedrich Farthmann, schlug in dieselbe Kerne. »Der Vorsitzende muß schließlich eine Meinung vorgeben, dadurch werde doch die Diskussion nicht eingeschränkt. Die SPD war in den letzten Wochen ja doch nur deshalb todkrank, weil der nie endende Streit an die eigene Substanz ging.« Was das Widerstandsrecht angehe, so Farthmann, gelte dies doch nur gegen eine Diktatur, wir aber leben in einem freiheitlichen Rechtsstaat, wo jeder demonstrieren könne. Der Minister kündigte an, keine Diskussion mehr mit sogenannten »Berufsjugendlichen«, sondern nur noch mit unverfälschten »Kollektiven« wie z. B. Berufsschulen führen zu wollen.

Auch Ministerpräsident Rau wahrte sich gegen den Vorwurf, in seinem Grundsatzreferat kritische Themen vorweggenommen - und zur Jugend nur noch ein taktisches Verhältnis zu haben. Der Vorsitzende werde doch noch sagen dürfen, was er für richtig hält. »Rau: »Macht er dies nicht, kommt er Vorwurf, der taucht ja weg.«



Kämpft um die Geschlossenheit der Sozialdemokraten: Ministerpräsident Johannes Rau

Westfalen-Blatt

Fortsetzung

weiteren Mittelstreckenraketen stationiere, bereits vorhandene abbaut und damit die in Aussicht genommene Nachrüstung in Westeuropa unnötig mache. Verhandlungen zur Stationierung der neuen Waffensysteme in Europa müßten unbedingt Vorrang haben. Im Widerspruch zu einigen amerikanischen Stimmen lehnt die SPD Nordrhein-Westfalens eine unabhängige Modernisierung eurostrategischer Atomwaffen ab.

## Große Mehrheit für Rau

Auf keinen Fall dürfe es zu einer automatischen Stationierung von Mittelstreckenraketen, womöglich nur auf dem Boden der Bundesrepublik kommen. Minister Friedrich Farthmann betonte, es könnte sogar zu einem Punkt kommen, wo die Bundesregierung den USA nicht mehr folge. Was dann komme, wisse er noch nicht.

Rau war auf dem Parteitag mit 92 Prozent der Delegiertenstimmen in

seinem Amt als Landesvorsitzender bestätigt worden.

Auf landespolitische Themen, die ganz im Schatten der kontroversen Nachrüstungsdebatte standen, eingehend, betonte Rau, daß er die FDP auch bei der Wahl 1985 am Einzug in den NRW-Landtag hindern wolle, um weiter mit einer absoluten SPD-Mehrheit regieren zu können.

Kommentar und Hintergrund

Westfalen-Blatt

## Nagende Zweifel

Viel Streit über den Streit um die Nachrüstung gab es auf dem sechsten ordentlichen Landesparteitag der Sozialdemokraten in Köln. Es fehlte nicht an Warnungen vor einem drohenden Vertrauensschwund der Wähler, nicht an dramatischen Appellen zur innerparteilichen Geschlossenheit.

Auch Bruder Johannes blieb seiner »höheren Bestimmung« als Prediger treu. Es gelte, so der Ministerpräsident, alle Mängel aufzuzeigen, »selbst wenn sie bei uns selber liegen sollten«. Welch eine Einsicht eines reuigen Sünders, denn Mängel und Fehler haben die Landes-SPD und ihre Regierung in Hülle und Fülle aufzuweisen!

Mit nichts kann nämlich die Anmaßung gerechtfertigt werden, daß die SPD die einzige, die alleinige Friedenspartei sei. Eine Bolckidigung aller, die den Frieden täglich praktizieren und nicht lauthals darüber streiten, wie es die Sozialdemokraten seit Monaten tun.

Ferner kann und darf die erfolgte Rückenstärkung Helmut Schmidts in Sache NATO-Doppelbeschluß, wie sie Rau dem Bundeskanzler wegen der letzten Landtagswahl schuldig zu sein glaubte, nicht der Ersatz für alle jene landespolitischen Probleme sein, die vergeblich einer Lösung harren. So gab es in Köln keine einzige Antwort darauf, wie man etwa das Problem der Arbeitslosen bewältigen könne oder wo man konkret einsparen könnte, um das Landesdefizit nicht noch weiter zu vergrößern.

Wegen der Erhaltung der Macht indessen macht sich die SPD in Düsseldorf jetzt schon Sorgen. Mit Recht! Denn wenn sie sich weiter intern so stark »zerrannt«, wird das Vertrauen vieler Wähler in diese Partei bald enttäuscht sein. Da nützt es auch wenig, wenn man »pro forma« einige Jusos »beutelt«, die im Schoß der Partei nach wie vor viel zu viel ideologische Narrenfreiheit haben.

Der Zwist besteht nicht nur zwischen Jusos und Mutterpartei, er liegt in der Partei selbst. Was nützt zum Beispiel der Blankoscheck des Vertrauens für Helmut Schmidt, wenn im selben Atemzug Minister Farthmann unter dem frenetischen Jubel der Genossen feststellt, daß es nicht mehr auszuschließen sei, daß die Bundesrepublik den USA eines Tages die Gefolgschaft verweigern könnten. Schönes Bündnistreue!

Hans Götzl

Westfälische Nachrichten

Landesparteitag der SPD in Köln

# Einheit im Handeln

Von Hans Otto Bäumler

„Verantwortung für unser Land“. Das ist das Motto des 6. Landesparteitages der SPD heute in Köln. Er findet in einem SPD-geführten Land statt, das durch immer neue Schlechtwettermeldungen aus anderen Bundesländern beunruhigt wurde. Kurz: Es rumorte in Berlin, Hamburg, Hessen. Aber ist die Welt durch die SPD-Parteitage des letzten Wochenendes wieder in Ordnung? Sie haben dort jedenfalls die Chance eröffnet, neu zu beginnen.

Die SPD darf sich allerdings nicht dazu bereit finden, eine Partei zu werden, die mehr verwaltet, bürokratisiert und als reinen Machterhaltungsinstrument empfunden werden müßte. Das machen die Mitglieder, erst recht die Wähler der SPD nicht mit.

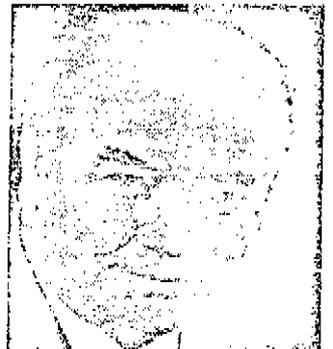
Auch mit persönlichen Kraftakten sind die jüngst erkennbaren Krisen nicht dauerhaft zu überwinden. Nicht durch die Ausgabe von Parolen, nicht durch Verordnung von Verhaltensweisen und schon gar nicht nach der Devise: „Alles herhören“ und „strammstehen“ kann die Partei mehr Geschlossenheit erreichen und Überzeugungskraft zurückgewinnen. Die Stärke einer politischen Kraft wie der SPD wird danach beurteilt, ob und wie es ihr gelingt, in einer kritischen Phase weltpolitischer Entwicklung, einer widersprüchlichen Einschätzung der europäischen Probleme und einer spannungsgeladenen sowohl innenpolitischen als auch innerparteilichen Auseinandersetzung den besten Weg zu finden, um im wahrsten Sinne des Wortes existentiell über die Runden zu kommen. Wie auch immer Diskussionen und Dialoge jedoch ablaufen, als ungeschriebenes Gesetz muß der Grundsatz gelten, bei aller Vielfalt im Denken zur Einheit im Handeln zurückzufinden.

Mit ihrem Bekenntnis zur Verantwortung für unser Land zeigt sich die NRW-SPD offen für Mithören und Nachdenken, Argumentieren und Diskutieren, Miteinander- und Füreinander und will so Voraussetzung für Orientierung, Zusammenarbeit und Glaubwürdigkeit schaffen. Die Ergebnisse der Dialoge über die Existenzpolitik, Friedens- und Sicherheitspolitik, Arbeitsmarkt und Wirtschafts- und Energiepolitik, Bildungspolitik und ganz sicher

Umweltpolitik werden das künftige Handeln der SPD in Nordrhein-Westfalen bestimmen.

Die SPD in Nordrhein-Westfalen unter der Führung von Johannes Rau zeichnet sich dadurch aus, daß klare Zielvorstellungen formuliert werden, daß sie sich auf ihrem Weg zur Entscheidung als Partner bewährt und nicht als Vorbeter gebärdet.

Die Haltung der NRW-SPD im weiten Feld gesellschaftspoliti-



Hans Otto Bäumler, Vorsitzender des SPD-Bezirks Niederrhein und Landwirtschaftsminister von NRW.

scher Entwicklungen hat erkennen lassen, daß Politik nicht nur als kühles Geschäft zu verstehen ist, sondern daß auch Gefühle, Ängste und Hoffnungen erfaßt werden.

Allerdings darf der Begriff „Zuwendung“, der ein Schlüsselwort für die Auffassung von Politik unseres Ministerpräsidenten Johannes Rau darstellt, nicht mißverstanden werden. Mit einem warmen Händedruck kann man Benachteiligte nur kurzfristig trösten. Mit dem Hinweis darauf, daß die helfende Hand den Behinderten mehr überzeugt als der stolzierende Zeigefinger, sollte man sich ebensowenig begnügen wie mit der lebenswerten Formulierung: „Wir wollen die Randgruppen in unsere Mitte holen“.

Worauf es Johannes Rau ankommt, ist Handeln, Ändern, Bessern, Bewegung zum Guten.



Diese Rubrik dient der freien Meinungsäußerung von Politikern, Publizisten und Repräsentanten des öffentlichen Lebens. Die hier vertretenen Ansichten stimmen nicht in jedem Fall mit denen der Redaktion überein.

## Süddeutsche Zeitung

### Der Rau-Effekt

Johannes Rau, der Düsseldorfer Ministerpräsident und Vorsitzende der nordrhein-westfälischen SPD, bewegt sich derzeit wie einer, der nicht von dieser sozialdemokratischen Welt ist. Nirgendwo in der Republik, schweigen wir von Bonn, scheint die SPD so harmonisiert wie an Rhein und Ruhr — keine Häuserkämpfe wie in Berlin, allenfalls ein paar biedere Besetzungen, keine Grabenkriege wie in Hamburg. Ein Jahr nach einer gewonnenen Landtagswahl ist kein Sozialdemokrat, zudem mit absoluter Mehrheit regierend, so unumstritten.

Nicht daß er viel bewegt hätte, seine Bilanz ist eher bescheiden. Die Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet und die Strukturkrise in Ostwestfalen hat Rau nicht bewältigt, und mit der Fernwärme kommt er auch nicht voran. Trotzdem gelingt es der CDU-Opposition nicht, ihm eine nachhaltige Kontroverse aufzuzwingen, in der Partei gibt es sowieso keine Widerstände. Rau hat eine traumwandlerische Fähigkeit, Trottmimen zu umgehen, sei es in der Schulpolitik, sei es in der Radika-

lenfrage. Wo immer sich ein Konflikt abzeichnen könnte, findet er eine Möglichkeit, zu neutralisieren, zu vermitteln. Was diesen Politiker so stark macht, was auch seine Stärke in der Partei bedeutet, sind nicht Ideen, sondern seine Integrationsfähigkeit. Kein Wunder, daß er neuerdings sogar für höchste Bonner Ämter gehandelt wird. Rau weist solche Ambitionen natürlich weit von sich, die einzugestehen würde nur die Chancen schmälern.

Seine eigene Stärke schätzt Rau als Parteichef inzwischen so hoch, daß er sie in den Dienst des bedrängten Kanzlers stellen will. Er werde, verspricht er vor dem Landesparteitag an diesem Wochenende in Köln, Helmut Schmidt ein Vertrauensvotum beschaffen, ihn in der umstrittenen

Frage des NATO-Doppelbeschlusses stärken. Kein Zweifel, daß ein solches Votum des größten SPD-Landes (330 000 Mitglieder) Gewicht hat. Fraglich ist jedoch, ob Rau mit diesem fast gönnerhaften Angebot nicht die Schraube langsam überdreht.

kr.

27. Juni 1981

Aachener Nachrichten

## Johannes Rau auf Erfolgskurs

Von KASPAR VALLOT

Das muß der Neid dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau lassen: Er hat Fortüne. Wenn es aber stimmt, daß nur der Tüchtige Fortüne hat, wovon ja Napoleon überzeugt war, dann ist Johannes Rau ein tüchtiger Politiker, ein tüchtiger Parteivorsitzender und ein tüchtiger Ministerpräsident. Sein „Laden“, die SPD des Landes, ist ordentlich geführt. Weit und breit sind Gegner nicht zu erkennen.

Dabei ist es keineswegs so, als gebe es gegen Johannes Rau keine innerparteiliche Opposition. Aber sie traut sich nicht hervor. Seit Johannes Rau im Kampf um den Parteivorsitz obsiegt und Professor Friedhelm Farthmann unterlag, hat er es verstanden, die verschiedenen Flügel der Landes-SPD unter einen Hut zu bringen, und sein anfangs ein wenig verspotteter Stil durch das Gespräch überzeugen und mit den besseren Argumenten regieren zu wollen, hat sich als richtig erwiesen. So kann er dem heutigen Landesparteitag der SPD, der in Köln stattfindet, gelassen entgegensehen. Auch nach diesem Parteitag wird der SPD-Landesvorsitzende Johannes Rau heißen.

Zu den Spitzenpolitikern, die Johannes Rau anfangs für ein politisches Leichtgewicht gehalten haben, zählt Bundeskanzler Schmidt. Aber auch der Kanzler hat sich revidieren müssen. Bald suchte er den freundschaftlichen Kontakt zu Rau, versäumte es nicht, zu „Bruder Hannes“, wie Schmidt ihn zunächst gerne nannte, Geburtstag artig zu gratulieren und fand schließlich für Johannes Rau das für Schmidt'sche Art, Gefühle zu zeigen, fulminante Kompliment, der Ministerpräsident sei ein „Glücksfall“ für sein Land.

Nun, der Kanzler weiß, was er dem Ministerpräsidenten des größten Bundeslandes und Vorsitzenden des mitgliederstärksten SPD-Landesverban-

des schuldig ist und verdankt. Rau zählt zu den wirklich einflußreichen SPD-Politikern, die dem Kanzler den Rücken stärken. Schmidt kann sicher sein, daß aus Rau kein Brutus wird.

Johannes Rau hat sich das Ziel gesetzt, den Kanzler von Köln aus in seiner Politik der Friedenssicherung zu unterstützen. Was die SPD dieses Landes morgen zum Doppelbeschluß erklärt, wird Gewicht haben.

Wer Johannes Rau kennt, weiß, welche Linie angesteuert wird. Es wird darauf hinauslaufen, daß die Landes-SPD den zweiten Teil des Doppelbeschlusses stark betonen, also feststellen wird, daß Verhandlungen absoluten Vorrang haben, daß aber die Nachrüstung nicht zu verhindern sein wird, wenn sich die Sowjets sperrten. Der Ministerpräsident kann den Delegierten mitteilen, daß er zu den deutschen Politikern zählt, die, wie Willy Brandt, in Moskau die Lage vor Ort erkunden werden.

Die SPD unseres Landes wird sich aber auch mit anderen Themen befassen müssen. Dieses Land nimmt, was die Arbeitslosigkeit angeht, bundesweit eine Spitzenstellung ein - für eine Partei, die sich zuerst als Sachwalterin der Arbeitnehmer versteht, eine unerträgliche Situation. Die Bevölkerung dieses Landes wird Konkretes dazu wissen wollen, wie der Arbeitslosigkeit begegnet werden soll.

Mehr noch als das Ruhrgebiet ist die Region Aachen an der Antwort auf diese Frage interessiert. Denn Aachen ist innerhalb des Landes hinsichtlich der Arbeitslosigkeit Spitze, und die Region Aachen wird nicht in den Genuss der Milliardenbeträge kommen, mit denen die Regierung den Arbeitsmarktproblemen im Revier zu Leibe rückt.

So schön harmonisch in unserem Land auf den ersten Blick alles geordnet scheinen mag - es gibt Probleme, die nicht von schlechten Eltern sind. Man darf darauf gespannt sein, was die SPD heute an neuer Taktik entwickeln wird.

# Binnen zwei Stunden das Rüstungsthema abgehakt

Die nordrhein-westfälische SPD bleibt auf dem Kurs des Bundeskanzlers / Von Hasso Ziegler, Düsseldorf

Als am frühen Samstagabend überraschend ein gutes Dutzend freundlicher Kellnerinnen im Congress-Centrum Ost der Kölner Messehallen auftauchten und den 318 Delegierten des Landesparteitages der SPD in Nordrhein-Westfalen kostenlos Würstchen und Kartoffelsalat servierten - von soben wiedergewählten Landesvorstandsmitgliedern spendiert - wußte wohl jeder im Saal, was die Glocke geschlagen hatte. Seit rund acht Stunden bereits saß man an diesem nicht gerade als entzückend zu bezeichnenden Ort, hatte diverse Reden gehört, diverse Themen hinter sich gebracht, die Stahlproblematik sowie die Kohlevorrangpolitik abgehakt und stockte nun mittendrin im Hausbesetzerthema, ein, wie es schien, schier unerschöpfliches Thema, zu dem noch viele, viele Wortmeldungen vorlagen. Das eigentlich gravierende Thema des Parteitages, nämlich wie es die Sozialdemokraten an Rhein und Ruhr denn nun mit der Nachrüstung halten, dies Thema hatte offenkundig keine Priorität, war nicht so wichtig wie die Hausbesetzerzene, und Johannes Rau, Landesvorsitzender und Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident, hatte am Vormittag in seiner knapp einstündigen Rede zum Parteivolk das Wort „Nato-Doppelbeschluss“ überhaupt nicht in den Mund genommen, nicht ein einziges Mal.

Ob da nun eine raffinierte Parteitagsregie an Werke war oder ob sich die Sozialdemokraten an Rhein und Ruhr tatsächlich mehr für die Hausbesetzer interessierten als für amerikanische Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden, vermag ein bloßer Beobachter des Parteitages nicht zu sagen. Doch auffallend war, daß das Tagungspräsidium um 18.30 Uhr die Anre-

gung gab, sich über den weiteren Verlauf des Parteitages Gedanken zu machen, denn erst 15 Anträge seien erledigt, weitere 61 Anträge müßten noch diskutiert werden, darunter die Sicherheitspolitik, sprich Nato-Doppelbeschluss. Ob die Genossen denn bereit seien, die Nacht durchzudiskutieren, etwa bis Sonntagmittag?

Doch keiner der Delegierten hatte Zahnbürste und Pyjama dabei, niemand war auf ein Marathon eingerichtet, und die Ausichten, sich länger als 24 Stunden ausschließlich von Bockwürsten ernähren zu müssen, trug ebenfalls nicht zur Erheiterung bei. Ob es nun diese eher düster stimmenden Perspektiven waren oder ob sich schließlich die klugen Köpfe am Vorstandstisch durchsetzen, muß mangels verlässlicher Informationen ebenfalls dahingestellt bleiben, aber die Einsicht gewann zunehmend Oberhand, daß der Nato-Beschluss doch ein zu wichtiges Thema sei, um ihn noch länger vor sich herschieben zu können. Allseits akzeptierter Vorschlag: Frauen und Bildungspolitik fliegen raus, desgleichen Umweltschutz sowie die Medien- und Organisationspolitik, statt dessen jetzt Vortrag für die Sicherheitspolitik - bis Mitternacht müsse das doch zu schaffen sein.

Es wurde geschafft, und zwar bis exakt 20.44 Uhr, also binnen zwei Stunden. Für eine Rücknahme des Nato-Beschlusses über die Stationierung von neuen US-Raketen in Europa plädierten die Sprecher von zwei relativ kleinen Gruppen, die nicht grade dafür bekannt sind, auch in anderen politischen Fragen innig zusammenzuarbeiten, nämlich die sogenannten „Jungen“, repräsentiert vornehmlich durch die Jusos, und die etwas respektlos „Mutti“ genann-

ten, durchweg reiferen Mitglieder der „Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen“. Beide Gruppen blieben allen Gegenargumenten zum Trotz hart und unerschütterlich, argumentierten vornehmlich auf der Linie, der Gesprächsbereitschaft der Amerikaner könne nicht getraut werden und abgesehen davon sei es ohnehin ein besserer Treppenwitz, zu behaupten, nur durch Aufrüstung könne man zu einer Abrüstung kommen. Und außerdem - so Marga Kuscharski von der ASF - sei es, Gleichgewicht hin, Gleichgewicht her, ohnehin Europa, das im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung die Zeche zahlen müsse, ein Gleichgewicht also, von dem die Europäer nichts hätten, da sie dann längst mausestet seien.

Das Gros der Delegierten allerdings mürrte am Samstagabend in Köln des öfteren vernehmlich, sei es, daß ihnen die vielen Bockwürste nicht bekamen oder sei es, daß sie nichts mehr von den leidigen Raketen hören wollten, und überließ es weitgehend der anwesenden „Prominenz“, für den Nato-Doppelbeschluss zu argumentieren. Der aus Bonn herbeigeeilte Ehmke, der Sohn des ehemaligen Bundespräsidenten, Peter Heinemann, sowie die nordrhein-westfälischen Minister Dieter Posser und Friedhelm Farthmann argumentierten sehr engagiert, nannten die amerikanische Pershing II und die russische SS 20 selten bei ihren Namen, sprachen vielmehr vorzugsweise pauschal von „Teufelszeug“ und arbeiteten als Hauptargument heraus, daß der Nato-Beschluss, ungeliebt wie er nun einmal sei, trotzdem aufrechterhalten werden müsse als einzige reale Chance, um überhaupt mit den Russen verhandeln zu können. Insbesondere Dieter Posser, der-

## Frankfurter Rundschau

### Neue Umgangsformen

Das Ringen um innerparteiliche Stabilisierung steht in der SPD weiterhin an der ersten Stelle der Dringlichkeitskala. Die Parteitage am vergangenen Wochenende in Berlin und Köln bemüht sich, jeder auf seine Weise, jene Legende zu beschwören, die in der Sozialdemokratie eine gute Tradition hat: Solidarität. Um solidarisches Verhalten geht es nämlich, auch wenn es für diejenigen, denen das zu hausbacken klingen mag, als das Bemühen charakterisiert wird, neue Umgangsformen zwischen der SPD-Basis und den Regierenden zu finden.

Wenn es mehr Verständnis geben soll, dann müssen allerdings beide Seiten angesprochen werden. Das heißt: Die Sozialdemokraten in Regierungsverantwortung dürfen nicht immer gleich „Verrat“ schreiben, wenn in der Mitgliedschaft (wie etwa jetzt beim Bundeskongreß der Jungsozialisten in Lahnstein) Positionen vertreten werden, die sich mit der Regierungspolitik im SPD/FDP-Koalitionsbündnis nicht decken; ebensowenig gibt es einen Sinn, wenn die Jusos mit verbalen Kraftmeisereien den SPD-Bundeskanzler Helmut Schmidt wie einen Erzfeind behandeln, der bis aufs Messer bekämpft werden muß.

Während sich die Jungsozialisten in Lahnstein mit ihrer „Generalabrechnung“ in Kampfstimmung versetzten, konnte man beim Landesparteitag der nordrhein-westfälischen SPD etwas

davon spüren, in welche Richtung die „Mehrheits-Sozialdemokraten“ in der nächsten Zeit marschieren werden. Der NATO-Doppelbeschluss - Kernstück der Kontroversen innerhalb der Partei - wird vermutlich die Stürme überstehen. Allerdings für den Preis, daß in den Beschlüssen mehr als bisher die Zustimmung an Vorbehalte gebunden wird, in denen die Ängste und Sorgen vieler Bürger zum Ausdruck kommen.

Und aus Berlin kam ein weiteres wichtiges Signal: Der neue SPD-Oppositionsführer im Schöneberger Rathaus, Hans-Jochen Vogel, hat seine Genossen mit Nachdruck davor gewarnt, das Vertrauen der „zentralen Gruppen“ (gemeint: die Stammwählerschaft) durch ein zu intensives Eingehen auf die „Randgruppen“ zu verlieren. Das Wort war zwar formal an die Delegierten des Berliner Parteitages gerichtet; aber dieser Appell. Resultat seiner Erfahrungen an der Spree, war wohl als ein ernstes Wort „an alle“ gedacht. Und es muß im Zusammenhang mit dem Engagement des SPD-Vorsitzenden Willi Brandt gesehen werden, der mit Blick auf ein wachsendes Protest-Potential die Partei-Palette so breit wie nur irgend möglich anlegen möchte. Ein Zeichen auch dafür, daß Hans-Jochen Vogel offensichtlich dazu entschlossen ist, seine politische Wirksamkeit nicht allein auf seine Funktion als Vorsitzender der SPD-Fraktion im Berliner Stadtparlament zu beschränken.

zeit Finanzminister von Nordrhein-Westfalen, der seit Jahrzehnten in der Friedensbewegung aktiv ist und früher als Rechtsanwalt vornehmlich Zeugen Jehovas und Wehrdienstverweigerer vor deutschen Gerichten verteidigte, erhielt für seine Argumentation - Zustimmung zum Nato-Doppelbeschluss, wenn auch tränenden Auges - starken Beifall. Der Rest war Routine, wenn auch sehr gekonnte Routine, insofern, als der ursprüngliche Leitartikel des SPD-Landesvorstands wiederholt umgeschrieben und ergänzt wurde, um von einer breiten Mehrheit verabschiedet werden zu können.

In der endgültigen Fassung des schließlich „von einer großen Mehrheit bei einigen Gegenstimmen“ angenommenen Beschlusses - grundsätzliche Zustimmung zum Kurs des Kanzlers - heißt es aber nun ergänzend: „Die SPD ist mit weiten Teilen der Bevölkerung besorgt über die bislang unklare amerikanische Haltung; sind die USA zu baldigen Verhandlungen mit der UdSSR bereit oder wollen sie - möglicherweise auch durch die vorherige Stationierung der neuen Waffensysteme in Europa - eine Position der Stärke erlangen? Es bestehen auch Befürchtungen einer Risikoverlagerung im Rahmen des atlantischen Bündnisses. Die europäischen Bündnispartner der USA haben Anspruch auf baldige Klärung dieser für sie lebenswichtigen Frage. Denn es besteht die Gefahr, daß durch die SS-20-Raketen und sowjetischer, Pershing-II-Raketen und Marschflugkörper aus amerikanischer Seite die Spirale des Wettübens in quantitativer wie in qualitativer Hinsicht weitergedreht wird. Das kann dem Frieden nicht dienen.“

29. Juni 1981

# Frankfurter Rundschau Vom Ende der Angst, „daß der Wind uns umwirft“

Beim Parteitag der nordrhein-westfälischen SPD Von Reinhard Voss

## einigte man sich über den umstrittenen NATO-Beschluß

Eher beiläufig und nur in einem Absatz seiner von den Delegierten zwar gefeierten, von den Journalisten aber fast übereinstimmend als „schwach“ beurteilten Eröffnungsrede ließ Johannes Rau den sozialdemokratischen Katzenjammer der letzten Wochen erkennen. „In gelegentlichen kleinen Zirkeln“, gestand der Vorsitzende jenen 318 Delegierten, die über 300 000 Sozialdemokraten und damit fast ein Drittel der gesamten SPD repräsentierten, in nicht näher definierten kleinen Zirkeln also, habe man in jüngster Vergangenheit schon darüber geredet, „ob der Wind uns wohl umwirft“, der der Partei ins Gesicht bläst. Elf Stunden später hatte sich der Wind gedreht. In der Zwischenzeit waren 38 000 Blatt Papier von den Helfern hinter den Kulissen des Kölner Kongreßzentrums geschrieben, vervielfältigt und verteilt, von den Delegierten drinnen im fensterlosen Saal durchgelesen, was diskutiert, gewählt und abgestimmt worden. Und als alles vorbei war, gab es für Rau keinen Grund mehr für trübe Gedanken: „Diese Partei ist nicht so schlecht, wie sie von vielen gemacht wird“, bescheinigte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident und SPD-Landesvorsitzende sich selbst und seinen Anhängern.

Das Wort von den Anhängern ist mit Bedacht gewählt. Denn tatsächlich ist die Zustimmung, die Rau am Wochenende auf dem Parteitag seines Landesverbandes in Köln fand, nicht nur rationaler, sondern genau so stark auch emotionaler Natur. 292 von 318 Stimmen — welcher andere sozialdemokratischer Landesvorsitzender konnte in jüngster Zeit schon solch ein Wahlergebnis vorweisen? Johannes Rau ist das Kunststück gelungen, einen Hauch jenes alten — je nach politischem Standort — hochgepresten oder vielgeschmähten sozialdemokratischen Stallgeruchs im größten Landesverband der SPD zu bewahren. Daß die Anredeformel von den „lieben Genossen und Genossen“ bei den Sozialdemokraten von Rhein und Ruhr — noch nicht wie vielerorts sonst zur leeren Floskel verkommen ist, vielmehr noch jenes Gefühl der Solidarität und Kampfbereitschaft mitschwingen läßt, erwies sich bei den für die SPD zur Zeit unstrittensten Themen: dem Doppelbeschluß der NATO, dem Umgang mit der Friedensbewegung, dem Verhältnis zum Kanzler.

Natürlich gibt es auch in der nordrhein-westfälischen SPD Gegner des NATO-Doppelbeschlusses: viele Jungsozialisten, viele Frauen, auch manch älterer Genosse. Der Unterschied ihrer Argumentationen, beispielsweise zu den schrillen Tönen vom Juso-Bundeskongreß in Lahnstein, liegt nicht nur in der Wortwahl — obwohl auch hier der Ton die Musik macht. Der Unterschied dokumentierte sich in Köln vielmehr in der Bereitschaft der Delegierten zuzuhören, nachzudenken und daraus Konsequenzen zu ziehen. Die Fronten sind hier noch nicht völlig erstarrt.

Die Geschichte jenes Beschlusses, mit dem die nordrhein-westfälische SPD schließlich ihre Haltung zum NATO-Doppelbeschluß festschrieb, ist dafür bester Beweis: Wochen vor dem Parteitag hatte der Landesvorstand einen Antrag „betreffend: Friedens- und Sicherheitspolitik“ für den Parteitag erarbei-

tet, der kurz und bündig und ohne Schnörkel ein „annäherndes Gleichgewicht der Bündnisysteme“ forderte und lapidar die „Entschlossenheit“ unterstrich, „die Politik der Friedenssicherung und Entspannung fortzusetzen, die von der sozial-liberalen Koalition entwickelt und im Einvernehmen mit den Bündnispartnern verfolgt worden ist“.

Dies war nun nicht nur den Jungsozialisten zu schlicht gedacht. Die Jusos werteten das Vorstandspapier als einen „Schlag ins Gesicht der Partei“, als ein „Sammelurium“ erschreckender Plattheiten, das in keiner Weise die Ernsthaftigkeit der Diskussion in der SPD widerspiegeln. Im Landesvorstand sah man besonders nach Ablauf des Hamburger Kirchentages gerade noch rechtzeitig ein, daß man diesem Thema mit solch einem Hurak-Papier denn aber doch nicht gerecht werden konnte. Unmittelbar vor dem Parteitag änderte der Vorstand seine Vorlage in wichtigen Passagen ab. Jetzt war in dem Papier auch von der Friedensbewegung die Rede, die als ein „grundsätzliches Zeichen“ und als ein Beweis dafür gewertet wurde, „daß die Bürger nicht an eine Politik der Stärke glauben und nicht daran, daß allein Waffen Frieden sichern können“.

Das war schon besser, aber nicht gut genug. Den Durchbruch schafften Peter Heinemann, der Sohn des früheren Bundespräsidenten, und Horst Ehmke, die

einen Änderungsvorschlag dem Parteitag präsentierten und in stundenlangem Ringen mit der Antragskommission in wichtigen Passagen als Beschlußgrundlage durchsetzten. Dort hieß es jetzt: „Die SPD ist mit weiten Teilen der Bevölkerung besorgt über die bislang unklare amerikanische Haltung; sind die USA zu baldigen Verhandlungen mit der UdSSR bereit oder wollen sie — möglicherweise auch durch die vorherige Stationierung der neuen Waffensysteme in Europa — eine Position der Stärke erlangen? Es besteht auch die Befürchtung einer Risikoverlagerung im Rahmen des atlantischen Bündnisses. Die europäischen Bündnispartner der USA haben Anspruch auf alsbaldige Klärung dieser für uns lebenswichtigen Frage. Denn es besteht die Gefahr, daß durch die SS-20-Raketen auf sowjetischem, Pershing-II-Raketen und Marschflugkörper auf amerikanischer Seite die Spirale des Wettrüstens in quantitativer wie in qualitativer Hinsicht weitergedreht wird. Das kann dem Frieden nicht dienen.“

Bei den Verhandlungen mit der Sowjetunion, von deren erfolgreichem Verlauf Helmut Schmidt bekanntlich sein politisches Schicksal abhängig gemacht hat, seien „auch Zwischenlösungen denkbar, die Moratorien enthalten“, ließen Heinemann und Ehmke und ihre Mitstreiter zusätzlich noch in die Vorstandsvorlage schreiben — die Forderung also an die Supermächte nach einem rüstungspolitischen Stillhalteabkommen während der Verhandlungen. Eine wichtige Ergänzung des NATO-Doppelbeschlusses, der ja schon für 1983 die Aufstellung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa ins Auge faßt.

Auf dem Kölner Parteitag war das der Durchbruch. Mehrere Delegierte, die eigentlich ins Kongreßzentrum gekommen waren, die Vorstandsvorlage abzulehnen, bekundeten jetzt vom Rederpult aus ihre Absicht, dem geänderten Papier zuzustimmen. Ihr Appell an die Skeptiker, sorgfältig zu lesen, nicht auf vorgefaßten Meinungen zu beharren, hatte Erfolg. Als abgestimmt wurde und das Präsidium feststellte, die Vorlage sei „mit großer Mehrheit bei einigen Gegenstimmen“ angenommen worden, gab es im Saal gegen diese Einschätzung keinen Widerspruch, Erlöster Beifall brauste auf, und Johannes Rau freute sich: „Das war ernsthaft und fair diskutiert mit einem befriedigenden Ergebnis.“

Mit einer absoluten Mehrheit im Landtag hinter und einer noch fast vierjährigen Legislaturperiode vor sich (in Nordrhein-Westfalen wird alle fünf Jahre ein neuer Landtag gewählt), sahen Rau und seine Mitstreiter die Gefahr für die SPD denn auch nicht von rechts, sondern eher aus der Mitte, aus den eigenen Reihen. In seiner bekannt drastischen Art hatte Gesundheitsminister Friedhelm Farthmann in der allgemeinen Aussprache über den Raubericht eine wenig ermutigende Diagnose gestellt: „todkrank“ sei die Partei bis vor kurzem gewesen, weil mehr diffamiert als gestritten worden sei. Und wer noch nicht begriffen hatte, was da gemeint war, nannte Farthmann in seinem zweiten Beitrag des Übel beim Namen: Karlheinz Hansen. Nicht das Denken, sondern das Diffamieren werde bestraft in der Partei — und das, daran ließ Farthmann keinen Zweifel, sei auch nötig und richtig. Viel Beifall für den hemdsärmeligen Professor.

Der Düsseldorfer Bundestagsabgeordnete war nicht in Köln. Auf Beschluß seines Bezirksvorstandes darf Hanson so lange nicht an der Willensbildung der SPD teilnehmen, bis über seinen Parteausschluß entschieden ist. Nach dem dünnen Beifall zu urteilen, der sich im Plenum regte, als Jungsozialisten für Hansen eine Lanze zu brechen versuchten, stehen die Aktionen des Düsseldorfers bei den gewählten Repräsentanten der nordrhein-westfälischen SPD nicht besonders hoch im Kurs.

Nach diesem Kölner Parteitag kann es keinen Zweifel mehr geben: die Partei steht hinter Rau und Rau steht hinter Schmidt. Ob er sich nach diesem Wahlsieg als Kronprinz des Kanzlers fühle, wurde Rau nach seinem 92-Prozent-Ergebnis gefragt. Rau tat erstaunt: „Wiso Kronprinz? Diese Rolle hat mir noch nie gelegen.“ Das war nicht Bescheidenheit, sondern signalisierte Selbstbewußtsein. Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident sieht sich nicht — hinter wen auch immer — als Kronprinz oder Nummer zwei. Er sieht sich ganz vorn. Zur Zeit — zunächst? — in Düsseldorf.

# Johannes Rau — Superstar der SPD

## Parteitag sang Loblied auf NRW-Regierungschef

Von ALFRED MERTA

exp Köln — Jahrelang wurde er als lau und unentschlossen gescholten. Seine innerparteilichen Gegner nannten ihn abfällig „Bruder Johannes“. Doch spätestens beim Landesparteitag in Köln hat sich Johannes Rau zum halbdunklen Superstar der SPD gemauert. Daß er bald auch ganz oben in der Bonner Parteiliste zu finden sein wird, scheint fest programmiert. „Ich selbst immer wieder erklärt: „Ich ... kollektive Ambitionen in diese Richtung.“

Mit 292 von 318 Stimmen wurde Rau in Köln als SPD-Landesvorsitzender wiedergewählt. Damit ließ er seine beiden Stellvertreter, den Landesminister Dr. Christoph Zöpel und die Bundesfamilienministerin Antje Huber, weit hinter sich. Beide bekamen nur 217 Stimmen.

Mehr noch als in diesem überragenden Stimmenergebnis zeigt sich Raus Stärke in der Art, wie er auch viele skeptische Mitglieder seines Landes-

verbandes in der Friedens- und Sicherheitspolitik auf den Kurs von Bundeskanzler Schmidt und Parteichef Brandt brachte.

Mehrfach formulierte Rau seinen eigenen Leitansatz zur Unterstützung des

Nato-Doppelbeschlusses um und brachte dabei auch die Ängste vieler Bürger vor der Atomrüstung und

die Sorgen über manche amerikanische Irritationen zu Papier. Am Ende stimmten fast 90 Prozent der Delegierten für Raus Antrag. Der scheidende Landesgeschäftsführer Rainer Meedige über diese Parteitagsstrategie: „Eine Glatzleistung.“

Rau selbst bleibt bescheiden, obwohl sein Landesverband seit Monaten der einzige ist, der die Bonner Zentrale nicht regelmäßig mit Schreckensmeldungen in Atem hält. Ein SPD-Spitzenmann zu EXPRESS: „Gäbe es eine Formtabelle der Politiker, wäre Johannes bei uns zur Zeit unangefochten in Führung.“

## Westfälische Nachrichten

### Landesparteitag der nordrhein-westfälischen SPD

## Kein „Erbauungstag“

Auch die nordrhein-westfälische SPD ist in der für die Bundesrepublik existentiellen Sicherheitspolitik zerstritten. Ein tiefer Riß geht durch diesen Landesverband. Darüber kann auch das Ja einer deutlichen Mehrheit der Delegierten auf dem Kölner Landesparteitag zum Nato-Doppelbeschluss am Wochenende nicht hinwegtäuschen. Es ist ein bedingtes Ja, eine Zustimmung mit vielen Wenn und Aber. Nur so dürfte das Votum für die Unterstützung des Bundeskanzlers überhaupt mehrheitsfähig geworden sein.

Im Gegensatz zur bisherigen Haltung der Bundesregierung werden in dem mehrmals veränderten Landesvorstands-Papier ausdrücklich sogenannte Moratorien als Zwischenlösungen bei den Abrüstungsverhandlungen gutgeheißen. Und es wird der unbedingte Vorrang der Verhandlungen vor der Stationierung neuer US-Waffensysteme in Europa betont. Wenn auch in einem Frageforum den Amerikanern vorgeworfen wird, daß sie durch Stationierung neuer nuklearer Raketen eine Position der Stärke erlangen wollten.

Überhaupt konnten Beobachter bei der mehrstündigen Diskussion den Eindruck gewinnen, daß nicht etwa die Sowjetunion, sondern die Vereinigten Staaten das Welttrüsten Inszenierten, andere Länder besetzten und bedrohten. Der in vielen Diskussionsbeiträgen deutlich gewordene Anti-Amerikanismus war erschreckend. Jene Genossen haben offensichtlich die Nachkriegsgeschichte vergessen, sind blind auf einem Auge.

Man hätte erwarten können, daß sich Landeschef und Ministerprä-

5 le standen im Ring und bezogen blaue Augen. Und wieder einmal verteilten Aufmüßige die Hehe: Was für die SPD ihre Jusos, war für die Liberalen der Berliner Spaltpliz. Viele mögen der Anti-Nato-Haltung der Jungsozialisten zustimmen. Ihre Wirtschaftsforderungen werden auf ebensowenig Verständnis stoßen wie ihre Aggressivität gegenüber allen Andersdenkenden. Und die Berliner FDP, die ihre Mitglieder im CDU-Senat buchstäblich verteilte, gab nicht der Vorhohn, sondern Untergangsstimmung Raum.

Für Schmidt und Genschler bleibt es ein Traum, Freunde anderswo so hinter sich zu wissen wie den Präsidenten Rau. nn

sident Rau dazu zu Wort gemeldet hätte, doch er schwieg, wie er auch überhaupt während der ganzen kontroversen Doppelbeschluss-Debatte stumm blieb und sich lediglich später „zur Geschäftsordnung“ meldete. Mit diesem Lavieren durch die Blöcke cekü man zwar nirgendwo an — und erhält dann auch prompt 90prozentige Mehrheiten auf Landesparteitagen, aber von Führungsstärke kann da wenig die Rede sein. Anstelle des Landesvorsitzenden kämpften seine Parteifreunde Farthmann und Passer sowie der aus Bonn ange-reiste Ehmke um einen Konsens zwischen Bundesregierung und NRW-Parteibasis.

Wegen Zeitknappheit blieben ganze Antragspakete, wie zur Gesellschafts- und Sozialpolitik, zur Bildungs- und Medienpolitik (mit Ausnahme Gesamtschule) sowie zum Umweltschutz unerledigt. Sie wurden an den Landeshauptaus-schub überwiesen. Und anstelle hoffnungsvoller Perspektiven in die Zukunft wurden die 318 Delegierten von Finanzminister Passer belehrt, daß die Düsseldorf SPD-Regierung angesichts des immer weiter wachsenden Schulden- und Zinsberges bald „keine Politik mehr machen kann für die Leute, für die wir bei der letzten Wahl angetreten sind“.

Es „rumort“ an der Parteibasis, wie Delegierte ihrer Führungsspitze berichteten. Und auch der dies-jährige Landesparteitag war für die SPD-Mitglieder kein „Erbauungstag“. Im Gegenteil. Viele der insgesamt auf 28 000 Blatt geschriebenen Anträge und Willens-erklärungen werden bald nur noch Makulatur sein.

JOCHEN JURITTKO, Düsseldorf

29. Juni 1981

Westfälische Nachrichten

# Kein eindeutiges Ja in Köln zum Doppelbeschluß der NATO

NRW-SPD: Vorrang für Gespräche / Rau wieder Vorsitzender

-ju-Köln/Berlin (Eig. Ber.). Erst nach Zugeständnissen an die parteiinternen Gegner hat der Landesparteitag der nordrhein-westfälischen SPD am Wochenende in Köln dem NATO-Doppelbeschluß mit deutlicher Mehrheit zugestimmt. In

cinem vor der Annahme mehrmals abgeänderten Antrag des Landesvorstandes wird gefordert, daß im Rahmen der Abrüstungsverhandlungen auch sogenannte Moratorien als Zwischenlösungen denkbar sein sollten.

Zuvor hatte der Landesparteitag mit 292 gegen 20 Stimmen bei vier Enthaltungen Ministerpräsident Johannes Rau als Landesvorsitzenden wiedergewählt. Er erhielt damit 92 Prozent der Delegiertenstimmen gegenüber 95 Prozent vor zwei Jahren. Seine beiden Stellvertreter, Bundesgesundheitsministerin Antje Huber und NRW-Landesentwicklungsminister Christoph Züpel, erhielten jeweils 217 Ja- und 82 bzw. 81 Nein-Stimmen.

In dem Antrag zum NATO-Doppelbeschluß wird der „unbedingte Vorrang“ von Verhandlungen gegenüber der Stationierung neuer Waffensysteme betont und darauf hingewiesen, daß eine Verschleppung der Verhand-

Westfälische Nachrichten

## CDU: Rau nur Feuerwehrmann der Bonner Partei für Schmidt

Berliner SPD-Chef Glotz warnt vor „Rachefeldzügen“

Fortsetzung von Seite 1

nicht eingeladen habe. In einem von Parteitag angenommenen Antrag des Landesvorstandes wird gefordert, daß es auch im ländlichen Raum Gesamtschulen geben müsse.

Zu Beginn des Parteitages hatte Rau die Sozialdemokraten eindringlich davor gewarnt, ihre eigenen Quellen zum Gegenstand der politischen Auseinandersetzungen zu machen. Zwar brauche die Partei das Streitgespräch, aber es müsse dann zu Entscheidungen und zum gemeinsamen Handeln führen.

Das CDU-Landespräsidium vertrat in einer Stellungnahme die Auffassung, der SPD-Parteitag habe keine einzige Antwort darauf gegeben, wie die Landesregierung die großen Arbeitsplatzsorgen und die dramatische Entwicklung der Staatsfinanzen in den Griff bekommen solle. Offensichtlich sehe der entscheidungsschwache Ministerpräsident Rau seine Arbeit für das Land darin erschöpft, als Feuerwehrmann der Bon-

ner Baracke in Sachen NATO-Doppelbeschluß die Genossen vielzünftig auf Duldungskurs für Helmut Schmidt zu halten.

Ähnlich wie Rau in Köln warnte auch der Berliner SPD-Vorsitzende Glotz die Delegierten des Landesparteitages ebenfalls am Wochenende in Berlin davor, Streitigkeiten in der Partei so auszutragen, daß sie zu Haß und Feindschaften führten. Es sei jetzt nicht die Zeit zu „innerparteilichen Rachefeldzügen“. Die Sozialdemokratie stehe in den nächsten acht bis zwölf Monaten vor der Entscheidung, ob die SPD die 80er Jahre als Regierungspartei gestalten oder als Opposition nur begleiten werde. Der Parteitag hatte ebenso wie das Kölner Treffen auch zum Problem des NATO-Doppelbeschlusses Stellung genommen und einstimmig eine Resolution beschlossen, die sich „sowohl gegen die anhaltende Aufrüstung der Sowjetunion wie auch gegen Bestrebungen in den Vereinigten Staaten, die statt Gleichgewicht ein Übergewicht fordern“, wendet.

### Kein „Erbauungstag“

lungen im Widerspruch zum NATO-Eschluß stünde. Auf keinen Fall dürfe es zu einer „automatischen Stationierung“ von Mittelstreckenraketen, „womöglich nur auf dem Boden der Bundesrepublik“ kommen.

Der Verabschiedung war eine mehrstündige heftige und teils ins Persönliche abgleitende Debatte vorausgegangen, in der sich vor allem die Gegner des NATO-Doppelbeschlusses zu Wort gemeldet und dessen Aufhebung verlangt hatten. „Selbst wenn die Russen weiter störrisch aufrüsten, sollten wir den USA die Stationierung neuer Waffensysteme in Europa verbieten“, so ein Delegierter.

Angesichts der vorgerückten Zeit wurde das Thema Gesamtschule nur kurz behandelt. Delegierte kritisierten, daß die Regierung trotz absoluter Parlamentsmehrheit die entsprechenden Parteitagsbeschlüsse teilweise

Fortsetzung auf Seite 2:

CDU: Rau nur Feuerwehrmann...

Frankfurter Rundschau

## Sozialdemokraten quälen sich weiter

Ohne Erfolg um einheitliche Linie in der Rüstungsfrage bemüht

Von unseren Korrespondenten

vs KÖLN. Die nordrhein-westfälische SPD ist „mit weiten Teilen der Bevölkerung besorgt über die bislang unklare amerikanische Haltung“ in der Frage der Rüstungsverhandlungen, unterstützt aber Bundeskanzler Helmut Schmidts Interpretation des NATO-Doppel-

beschlusses. Auf ihrem 6. ordentlichen Landesparteitag in Köln lehnten die Sozialdemokraten dabei „im Gegensatz zur bedingungslosen Zustimmung der CDU/CSU zur Nachrüstung und im

Widerspruch zu einigen amerikanischen Stimmen einen von Verhandlungen unabhängigen Prozeß der Modernisierung der euro-strategischen Atomwaffen ab“.

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundeslagsfraktion, Horst Ehmke, der in Köln maßgeblichen Anteil an der Formulierung dieses mit großer Mehrheit verabschiedeten Beschlusses hatte, verlangte von der Sowjetunion, ihr „Teufelszeug“ abzurufen. Ehmke lobte die Friedensbewegung, deren Kampf gegen den „Irrsinn des Overkills kein Zeichen von Dekadenz“ sei.

# SPD verschärft die Kritik an Amerika

## Brandt hat aber keinen Zweifel am Verhandlungswillen

Köln/Lahnstein. (mar/ag) Die SPD hat ihre Kritik an den Amerikanern deutlich verschärft: Die nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten äußerten sich „sehr besorgt über die unklare amerikanische Haltung“ zu Abrüstungsverhandlungen, die Berliner SPD warnte US-Präsident Reagan vor einem Streben nach

Übergewicht, Erhard Eppler bezweifelte beim Bundeskongress der Jungsozialisten das amerikanische Interesse an den Verhandlungen mit Moskau. Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt bekräftigte am Vorabend seiner Moskau-Reise allerdings, er habe keinen Zweifel, daß die USA mit Moskau verhandeln wollten.

Die nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten stellten sich bei ihrem Landesparteitag in Köln zwar mit deutlicher Mehrheit hinter die Politik von Bundeskanzler Schmidt und bekräftigten den NATO-Doppelbeschluß. In einem kurzfristig in den Leitartikel eingeschobenen Zusatz drückt die SPD aber ihre Sorge über eine Risikoverlagerung im Atlantischen Bündnis aus. Verhandlungen müßten absoluten Vorrang haben, eine automatische Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen dürfe es nicht geben.

Die Berliner Sozialdemokraten wandten sich in einer Resolution gegen die anhaltende Aufrüstung der Sowjetunion wie auch gegen

Bestrebungen in den USA, die statt Gleichgewicht Übergewicht verlangen. Sie fordern ihre Partei auf, die Bemühungen um Abrüstung mit aller Kraft fortzusetzen.

Nach den Worten des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt hat die Bundesrepublik ein vitales Interesse daran, daß noch Voraussetzungen dafür geschaffen werden, damit es nicht zur Aufstellung der NATO-Waffen in der Bundesrepublik und Europa kommen muß. Eine gefährliche anti-amerikanische Strömung sieht der SPD-Chef allerdings nicht aufkeimen. Brandt betonte vor seiner heute beginnenden Moskau-Reise, er fahre nicht als Unterhändler. Er wolle sich nur informieren und auch seinerseits

Auskunft geben.

Die Unionsparteien äußerten sich deutlich besorgt über die Reise Brandts, der von dem stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Wischniewski begleitet wird. Oppositionschef Kohl sieht die Gefahr, daß Brandt sich als Instrument der sowjetischen Politik mißbrauchen läßt.

In einer vielbejubelten Rede vor den Jungsozialisten erklärte das SPD-Präsidiumsmitglied Erhard Eppler, die USA hätten ein viel größeres Interesse an der Aufstellung ihrer Waffen, die die sowjetischen Machtzentren treffen könnten als an einem Abbau der sowjetischen Mittelstreckenwaffen, über die sie sich 20 Jahre lang nicht errettet hätten. Kommentar

Kölnische Rundschau

# Koalition im Zwielicht

VON JÜRGEN MERSCHMEIER

Die Bonner Koalitionsparteien haben sich am Wochenende wieder einmal und das gleich mehrfach — in jenem Zwielicht präsentiert, das die Szene beherrscht, seit die hellen Strahlen des SPD/FDP-Wahlsieges vom 5. Oktober 1980 mehr und mehr der Wirklichkeit düsterer Gegenwart weichen müssen.

Landesparteitage der SPD in Köln und Berlin, Kongress der Jungsozialisten in Lahnstein, Scherbengericht in der Berliner FDP — das sind mehr als regionale Ereignisse oder Vorgänge in Arbeitsgemeinschaften. Das sind Ergebnisse und Reflexe der Unstetigkeit in beiden Bonner Koalitionsparteien, die nicht mehr nur im Zwielicht umhertappen, sondern zu Teilen bereits selbst zwielichtig geworden sind.

Vergleichsweise harmlos ging es noch bei den nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten zu, die ihren Vornamen Johannes Rau mit überzeugender Mehrheit wiederwählten und zur Sicherheitspolitik einen Antrag verabschiedeten, der

auf den ersten Blick ganz passabel wirkt. Doch um den Entwurf für möglichst viele Genossen akzeptabel zu machen, wurde ganz zum Schluß noch ein Satz hereingetragen, der dem Mißtrauen und der Skepsis vieler in der SPD gegenüber den Vereinigten Staaten Rechnung trägt.

Da nutzt es auch nichts, wenn SPD-Chef Willy Brandt kurz vor seinem Abflug zu Leonid Breschnew gefährlichen Anti-Amerikanismus kurzorhand abwiegelnd in Abrede stellt. Helmut Schmidt ist da anderer Meinung, von Hans-Dietrich Genscher ganz zu schweigen.

Anti-amerikanische Töne wurden auch bei den Berliner Sozialdemokraten laut, die in den USA Bestrebungen ausmachen, statt Gleichgewicht ein Übergewicht zu fordern, und die sich der Diskussion über eine Revision bisheriger Beschlüsse vorerst dadurch entledigen, daß sie eine Vertagung beschließen.

Die rüdeste Tonart schlugen allerdings die Jungsozialisten an,

nicht nur gegenüber den USA, sondern auch gegenüber dem von der eigenen Partei gestellten Bundeskanzler, seiner Regierung und seiner Politik. Was da, teilweise nach den Notizen Erhard Epplers, an Beleidigungen, Verleumdungen und Verdrehungen ausgestoßen wurde, müßte selbst bei hartgesottene Christdemokraten dazu führen, voller Mitleid auf den Kanzler zu schauen.

Und die FDP stellte sich am gleichen Wochenende in einer Weise dar, daß sie sich auch nicht Gruppe unschuldiger Glühwürmchen vorkommen kann, die im Zwielicht hellen Schein verbreiten. Der Landesparteitag in Berlin will jenen den Stuhl vor die Tür setzen, die dem Rat der Bonner Strategen um Hans-Dietrich Genscher folgten und dem Senat Richard von Weizsäcker eine faire Chance einräumen wollten. Vor dem Hintergrund der blutigen Auseinandersetzungen fordern die jüngsten Beschlüsse der Berliner FDP nichts mehr „Vorfahrt für Vernunft“, sondern Vorrang für das Chaos, Chaos vor allem in den eigenen Reihen.

## Intakte Basis

Die Mahnung, die Johannes Rau in Köln an seine Genossen richtete, war überdeutlich: „Diese Partei will eine Arbeitnehmerpartei bleiben,“ rief der Regierungschef den Delegierten zu. Er schlug damit in die gleiche Kerbe wie der Kanzler, der vor einigen Wochen von der Gefahr sprach, die SPD drohe zu einer Seminarpartei zu verkommen.

In der (noch) intakten Basis, gerade im Revier, liegt das Geheimnis für die Ruhe in der nordrhein-westfälischen SPD. Ein Eppler hätte in Herne oder Gladbeck ebenso wenig eine Chance wie der smarte Matthiesen oder der gewandte Klose.

Helmut Schmidt kann sich auf „seine“ SPD an Rhein und Ruhr verlassen. Und gerade deshalb sollte es ihn nachdenklich stimmen, wenn nur durch anti-amerikanische Töne eine Mehrheit für den NATO-Doppelbeschluß erreicht werden kann. Die rüden Angriffe der Jusos kann der Kanzler verschmerzen, die in Köln deutlich gewordene Tendenz muß ihm zu denken geben. (mar)

**Stuttgarter Zeitung  
SPD außer Tritt**

Von Joachim Worthmann

Die SPD habe die Talsohle durchschritten, verkündete Bundesgeschäftsführer Peter Glotz Mitte vergangener Woche. Klaus von Dohnanyi sei eindrucksvoll zum Hamburger Bürgermeister gewählt worden, Holger Börner könne sich auf ein deutliches Vertrauensvotum stützen, und in Berlin sammle die SPD unter der Führung Hans-Jochen Vogels neue Kraft. Gewiß, dies alles trifft zu, gleichwohl wird niemand ernsthaft behaupten können, die SPD habe nach den monatelangen Turbulenzen wieder Tritt gefaßt. Der Gesundheitsminister Glotz selbst mußte das am Wochenende auf dem Juso-Bundeskongreß leidvoll erfahren. In seinen Berliner Jahren noch als einer jener seltenen Politiker gefeiert, die den Dialog mit der kritischen Jugend nicht nur suchten, sondern auch bestanden, wurde er in Lahnstein von der eigenen Parteijugend ausgebuht. Sein „Fehler“ war, daß er sich solidarisch zu der Sicherheitspolitik Helmut Schmidts bekannte und um Verständnis für den Nato-Nachrüstungsbeschluß war. Die traditionelle Spannung zwischen rechtem und linkem Flügel in der SPD droht angesichts des Streits um die Verteidigungspolitik in ein Freund-Feind-Verhältnis umzuschlagen. Erhard Eppler sah sich genötigt, die Jusos daran zu erinnern, daß man zwar Helmut Schmidts Kurs ablehnen könne, ihm aber nicht den Friedenwillen absprechen dürfe. Wenn ein Mann wie der als gemäßigt geltende Willy Piecyk seine Wiederwahl nur sichern kann durch grobe Ausfälle gegen die Linie der Bundesregierung, wenn selbst der frühere Juso-Vorsitzende Gerhard Schröder sich Pfiffe gefallen lassen muß, dann kann es eigentlich keinen Zweifel mehr an der Feststellung geben, daß sich eine Partei in der Partei sammelt, die jeden Andersdenkenden zum verachtenswürdigen Gegner stempelt.

Sicherlich, die Juso-Delegierten sprechen nur formell für die über 300 000 jungen Leute in der SPD. Viele der unter 35jährigen Parteimitglieder verweigern schon seit Jahren die Mitarbeit in „ihrer“ Organisation. Dennoch signalisiert das Treffen von Lahnstein einen Trend, der über eine kleine radikale Minderheit hinausreicht. Die Rücktrittsdrohung Schmidts vermochte schließlich nicht einmal, daß ordentliche Bezirksparteitage oder der Kongreß der Frauenarbeitsgemeinschaft in der SPD von der Forderung abließen, der Doppelbeschluß müsse „gekippelt“ werden. Nun verbuchte der Kanzler an diesem Wochenende freilich auch einen Pluspunkt: Die nordrhein-westfälischen Genossen, an ihrer Spitze Ministerpräsident Johannes Rau, stärkten ihm den Rücken. Aber auch sie machten deutlich, wie sehr ihre Entscheidung vom zugleich in Frage gestellten Verhandlungswillen der Amerikaner abhängig sei. Die Vorbehalte gegen den Nachrüstungsbeschluß nehmen an jedem Tag zu, an dem nicht ernsthaft über eine Abrüstung gesprochen wird. Eines scheint schon jetzt sicher: Bis zum geplanten Bundesparteitag im Frühjahr 1982 wird die Zeit kaum für vorweisbare Zwischenerfolge reichen. Wie will und kann Schmidt dann vor die Partei treten? Es sei denn, die Sowjets „helfen“ ihm durch einen Einmarsch in Polen. Und es ist ja keineswegs nur der Rüstungsstreit, der die SPD in eine Zerreißprobe stürzt. Die anstehenden Entscheidungen zur Haushaltsanpassung verstärken die Belastungen und könnten womöglich auch den Arbeitnehmerflügel an die Seite der Kanzlerkritiker treiben.

**Westfalenpost**

**SPD an Rhein und Ruhr bleibt  
verlässliche Basis für Helmut Schmidt**

**Johannes Rau hat die  
Partei fest im Griff**

VON HARTMUT KACZMAREK  
Köln. Der stellvertretende Parteivorsitzende Hans Jürgen Wischnewski blätterte deutlich verärgert in einem Stapel von Tageszeitungen. „Jusos attackieren den Kanzler“ und „Jusos gehen mit Schmidt ins Gericht“, stand dort zu lesen. Der Parteitag der nordrhein-westfälischen SPD mußte dem bewährten Feuerwehrmann des Kanzlers angesichts der Pfiffe und Buhrufe für das Parteiestablishment bei den Jungsozialisten in Lahnstein und den Genossen-Anfeindungen andernorts wie eine Oase der Ruhe und des Friedens erscheinen. 90 Kilometer Luftlinie trennen Köln und Lahnstein - für die SPD waren es am Wochenende Welten.

Die Sozialdemokraten an Rhein und Ruhr bestätigten einmal mehr ihren Ruf, eine verlässliche Basis für den Bundeskanzler zu sein. Keine Personalquerelen wie in Hamburg, keine Rücktrittsdrohung wie in Hessen und das alles obwohl auch die Jungsozialisten - anders als seine voreilig verteilte Pressemitteilung der CDU es wissen wollte - in der Domstadt mit an Bord waren. Johannes Rau hat im Verein mit den mächtigen Bezirksfürsten Hermann Heinemann (Westliches Westfa-

len) und Hans Otto Bäumer (Niederrhein) die Partei fest im Griff. Schon in seiner Eröffnungsrede hatte er Beharrlichkeit und Geschlossenheit gepredigt. Seine Gestik und Mimik erinnerten dabei an den Parteichef Willy Brandt. Auch das Bemühen, alle Strömungen in der Partei zu integrieren, hat er mit diesem gemeinsam. Nicht ohne Grund wird Rau in Bonn als möglicher Nachfolger des SPD-Chefs gehandelt.

„Wir wollen diskutieren, aber am Ende muß die geschlossene Haltung stehen“, dieses Rezept, mit dem Rau bisher seinen Landesverband aus der SPD-weiten Krise herausgehalten hat, gilt für ihn auch in der Frage des NATO-Doppelbeschlusses. Entgegen der ursprünglichen Parteitagegriege beherrschte das Thema auch die Debatte in Köln. Der verzweifelte Appell des Siegerer Landtagsabgeordneten Loke Mernizka, mit deutlichen Aussagen zur Arbeitsplatzsicherheit in die Schlagzelen zu kommen, war vergeblich.

Vier Stunden hatte der Landesvorstand am Vorabend an dem ursprünglichen Leitortag der Pusser-Kommission herumgebastelt und herumkorrigiert, bis es selbst dem duldsamen Johannes Rau zuviel wurde. „Dieser Antrag

ist nicht mehr veränderbar“, erklärte er verärgert der Juso-Chefin Heike Peters, die mit immer neuen Änderungsvorschlägen kam.

Sein letztes Wort in dieser Angelegenheit war es nicht: Der Druck der Delegierten auf der einen und der Wille zur möglichst großen Geschlossenheit auf der anderen Seite wurden so stark, daß noch ein kräftiger Tritt vor das Schienbein der Amerikaner aufgenommen wurde: Die SPD teilt die Besorgnis vieler Teile der Bevölkerung über die unklare amerikanische Haltung.

Der Antrag wurde so häufig redaktionell geändert, daß zum Schluß selbst der neu gewählte Landesgeschäftsführer Bod Hombach Mühe hatte, die einzelnen Passagen noch in der richtigen Folge aneinanderzureihen. „Parteitagsdramaturgie“ nannte

er das „Verwässern“ nannte es eine Delegierte aus Wuppertal-Oberbarmen. Die engagierte Parteigenossin aus der Geburtsstadt Johannes Raus meinte denn auch: „Mit diesem Antrag kann Rau sowohl für wie gegen die Nachrüstung argumentieren.“ Ein kräftiges Sowohl als auch, ganz ähnlich dem Parteivorsitzenden Brandt also. Und sie fügte nachdenklich hinzu: „Ja, ja er ist schon ein kluges Kerlchen, unser Johannes.“

**Aachener Nachrichten 27. Juni 1981**



Girgensohn. NRW-Kultusminister, hat davor gewarnt, die schulische Integration der Ausländerkinder durch zusätzliche Forderungen zu erschweren. Wer für ihre volle Integration in der Bundesrepublik antrete, gleichzeitig aber meine Ausländerkinder mußten hier so erzogen werden, daß sie auch jederzeit wieder in das Schulsystem ihres Heimatlandes eingliederbar, also „reintegrationsfähig“ seien, überfordere die jungen Menschen.

tionsfähigkeit der Partei, die Jungwähler aber für die entscheidenden restlichen Prozente, die erst den Wahlsieg möglich machen. Je stärker aber die Partei mit Schmidt identifiziert wird, desto weniger Chancen hat sie nach Lage der Dinge gegenwärtig bei jungen Leuten. Umgekehrt gilt freilich auch: Je mehr die Partei von Schmidt abbrückt, desto weiter entfernt sie sich von der FDP und damit zugleich von der Regierungsmacht.

# Rote Nelken und dunkler Anzug „Wo ist eigentlich der Sekt?“

## Köln SPD-Landesparteitag stärkte Johannes Rau und dem Kanzler den Rücken

VON BERND MATHIEU

Köln, 28. Juni. - Genosse Johannes konnte ganz in seiner Rolle als Strahlmann aufgehen. 92 Prozent der Delegierten hatten die drei Buchstaben auf ihre Stimmzettel geschrieben: Rau. Antje Huber überreichte dem wiedergewählten Landesvorsitzenden der nordrhein-westfälischen SPD einen dicken Strauß roter Nelken. Rau selber dankte „für das Vertrauen“, erkundigte sich nach dem Sekt; und Horst Ehmke spöttelte: „Dafür zieht der sich sogar den dunklen Anzug an.“ Der Junggeselle Rau weiß eben, was sich gehört. Und die Krawatte kann er sich allemal noch alleine zurechtrücken. Das Messezentrum-Ost war eine Oase innerparteilicher Ruhe: Selbst die Demonstranten draußen vor der Tür verhielten sich relativ ruhig. Ein Flugzeug hatte gebästelt und ein paar Raketen aus Pappe. Stummer Protest gegen die Nachrüstung. Hektik herrschte in der

Stadt des Karnevals und des kölschen Klüngels nur vor dem Würstchenstand. „Bon appetit“ hätte man da sagen können - einer Aufschrift auf den neuesten Grillschürzen aus der SPD-Werbe-Retorte folgend, wasch- und kochfest zum Sonderpreis.

Das meiste Papier gab es zur Gesamtschule. Die bildungspolitische Arbeitsgemeinschaft hatte vor dem Eingang in den Saal einen Stand aufgebaut. Den Gesetzentwurf der SPD-Fraktion konnte hier jeder in beliebiger Anzahl wegnehmen. Am Abend war er dann offizieller Punkt der Tagesordnung. Einige Delegierte fühlten sich „irritiert“. Von der Bestandsgarantie für Gymnasium und Realschule hielten sie herzlich wenig. Aber wie in allen anderen Punkten stärkte die Mehrheit dem Landeskabinett und vor allem dem Landesvater den Rücken.

Starken Beifall hatte Rau am Morgen erhalten, als er sagte: „Eine Partei ist krank, die ihre führenden Funktionäre

so beschäftigt, mit Sitzungen und Gremien und Arbeitsgruppen, daß von Montagmorgen bis Sonntagabend die Gefahr einer Begegnung mit dem Wahler nicht mehr besteht.“ Aber die armen Delegierten mußten an diesem Samstag elf Stunden ausharren. Die Debatte über die Nato-Nachrüstung endete zwar mit breiter Zustimmung zum Doppelbeschluss, verhinderte aber die Beratung anderer Anträge zur Gesellschafts- und Sozialpolitik, zum Umweltschutz und zur Medizinpolitik.

Rau will Menschen gewinnen für den Ausstieg aus der Angst. Und darüber müsse diskutiert werden. „Mit aller Betroffenheit sage ich hier, daß es mich bedrückt, daß in der CDU nicht gestritten wird über den richtigen Weg zum Frieden. Ich bin für Geschlossenheit nach der Diskussion und nicht für Geschlossenheit statt Diskussion.“ Diskutiert wurde natürlich in Köln: Auch wenn die meisten Jusos weit weg in Lahnstein waren. Da wollte sogar einer der Jungsporne dem Parteivorstand einen Pflasterstein präsentieren. „Habt Ihr das Rumoren unter den Jugendlichen nicht gemerkt?“ fragte der. Die Antwort blieb aus, weil der junge Mann zu lange geredet hatte. „Ich entziehe Dir das Wort“, so kurz und bündig können auch Tagungspräsidenten sein.

Nur Farthmann durfte länger reden, der Kumpel-Minister in aufgekrempten Herdärmeln. Der Professor will das Gespräch führen mit den Jugendlichen, „aber nicht mit den OX Hausbesetzern. Messen wir an denen eigentlich unsere Jugendpolitik oder an den 99 Prozent, die keine Schlagzeilen machen?“ In Köln lief am Ende alles glatt, alles für Johannes und alles für Bonn. Von Hessen und Berlin, von Hamburg und Lahnstein sprach hier keiner. Aber von Paris. „Wir sollten uns freuen über Frankreich“, sagte Rau. „drei Sonntage sozialistische Siege. Und Mitterrand hat nicht gesagt: Weg mit dem Doppelbeschluss. Ausgerechnet so stärkte Rau dem Kanzler den Rücken: mit Blick auf die heile sozialistische Welt an der Seine. Wer war eigentlich Giscard?, könnte man fragen.

Aachener Volkszeitung

# Musterschüler und Statthalter

VON BERND MATHIEU

Keiner der hohen Bonner Herren hatte sich nach Köln verirrt: Der Kanzler erholte sich im Segelboot, Parteiloch Brandt packte die Koffer für Moskau, und Bundesgeschäftsführer Peter Glotz ließ sich in Lahnstein von den Jungsozialisten auspeifen. Die Bonner wissen, daß allein Nordrhein-Westfalen zur Zeit eine sichere sozialdemokratische Burg ist, ein SPD-Wunderland ohne den Bazillus der selbstzerstörerischen Diskussionen. Das i-Tüpfelchen auf das verhältnismäßig wohlgeordnete SPD-Familienleben an Rhein und Ruhr setzte dann Johannes Rau mit einem Wahlergebnis, das für SPD-Verhältnisse wo is Traumresultat gelten darf.

1977, noch war Rau mit dem hauchdünnen Vorsprung von zwei Stimmen an die Spitze des größten Landesverbandes gewählt worden. Das übergroße Vertrauensvotum von Köln konnte man so uneingeschränkt nicht erwarten. Rau steht nicht außerhalb jeder Kritik. Viele werfen ihm Zaudern und auch Nachgiebigkeit gegenüber der CDU vor, was sich vor allem im Gesetzentwurf zur Gesamtschule äußert.

Rau begründet dieses und anderes mit taktischen Überlegungen. Er will auch die 4,9 Prozent, die als FDP-Wähler die Koalition in Düsseldorf wollten, ganz herüberziehen. Mit einer betont liberalen Politik, so lautet seine

Rechnung, sollen diese Wähler 1985 nicht mehr den Umweg und also direkt zur SPD gehen.

Dennoch hat Rau ein Gespür entwickelt für das, was er einem Parteitag zumuten kann. Nachdem Friedhelm Farthmann mit seiner These, die Partnerschaft zur USA habe auch Grenzen, viel Beifall gefunden hatte, schaltete der Landesvortand um und änderte den eigenen Antrag zur Friedens- und Sicherheitspolitik ab.

Daß die Geschlossenheit nicht lupenrein ist, wurde auch an kritischen Delegiertenstimmen über Raus bedingungslosen Kanzlerkurs deutlich. Nicht alle nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten wollen in erster Linie Bonner Statthalter in Düsseldorf sein. Rau selber fühlt sich dabei offensichtlich wohl: Er ist in höchsten Parteikreisen zum Musterschüler avanciert. Willy Brandt hält schützend seine Hand über den einzigen sozialdemokratischen Landesfürsten, der die letzten Monate ohne Blessuren überstanden hat. Rau wird sogar zur heißen Spekulation, wenn über Nachfolger für Schmidt oder Brandt gesprochen wird.

Das Ganze ist nicht mehr als eine Momentaufnahme. Wie schnell aus einem vermeintlichen Musterlande ein Problemgebiet wird, haben andere Bundesländer wie Hessen und Hamburg atemberaubend schnell vor-erzählt.

Bild-Zeitung

# NRW: SPD-„Musterknaben“ stärken Schmidt den Rücken

Das hat die SPD schon lange nicht mehr erlebt: Während in anderen Bundesländern seit Wochen regelmäßig die „Fotzen fliegen“, hat die nordrhein-westfälische SPD bei ihrem Landesparteitag am Samstag im Kölner Congress-Centrum die große Geschlossenheit demonstriert.

Ministerpräsident Johannes Rau wurde wieder zum Landesvorsitzenden gewählt - mit überlegender Mehrheit: Von den 318 Dele-

gatierten stimmten 272 für Rau. Mit nur rund 30 Gegenstimmen verabschiedeten die Delegierten eine Resolu-

Kölnische Rundschau

29. Juni 1981

## Doppelbeschluß war beherrschendes Thema des SPD-Landesparteitags

# Auf Gegner nahm man Rücksicht

Dem Kanzler nun den Rücken gestärkt

VONGERLIND SCHAIDT

Köln. Die drei amerikanischen Botschaftsangehörigen mußten viel Geduld aufbringen, ehe sie das hören konnten, was sie hören wollten. Als Beobachter verfolgten sie den Landesparteitag der nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten, der am Samstag im Kölner Congress-Centrum über die Bühne ging.

Sicher interessierte sie nicht so sehr, was die nordrhein-westfälischen Genossen zur Hausbesetzer-Szene meinen, wie NRW-Finanzminister Diether Posser und Parteitag zur Haushaltspolitik in den Clinch gingen oder wie es um die Gesamtschulgesetzgebung an Rhein und Ruhr bestellt ist.

### Kritik an US-Beamten

Die drei Diplomaten waren mehr auf Nato-Doppelbeschluß eingerichtet. Immerhin hatte der SPD-Landeschef des mitgliederstärksten Landesverbandes und Ministerpräsident Johannes Rau dem Bundeskanzler in Bonn ein Vertrauensvotum für dessen Friedens- und Sicherheitspolitik gesichert. Den Originalton der dazugehörigen Debatte wollten sich die drei Herren nun in Köln zu Gemüte führen.

Zunächst einmal ging es, wie nicht anders zu erwarten, sehr moderat zu, als der Regierungschef in seinem Grundsatzreferat betonte: „Immer wieder hatten wir den Eindruck, die Entspannungspolitik ist gefährdet, die Friedens- und Abrüstungsdiskussion kam international nicht in Gang. Deshalb reden wir vom Vorrang für Verhandlungen. Und wer den Vorrang für Verhandlungen wirklich will, der muß auch deutlich sagen, wo Verbündete sind.“

Mit einem leichten Unterton der Kritik fuhr Rau fort: „Da muß auch ein offenes Wort gesagt werden. Das heißt, vieles von dem, was uns amerikanische Beamte gelegentlich und in den letzten Wochen nahezu täglich zumuten, ist für uns keine Ermutigung, sondern bringt Irritationen.“

Dann war in Sachen Nachrüstung erst einmal Pause. In der Aussprache um den 61. Minuten und 47 Sekunden langen

Grundsatzbeitrag des Landeschefs wurde der nur sehr sanft gezaust. Allerdings hatte er zur Sache auch nicht allzuviel Konkretes gesagt, sondern vielmehr die 300 Delegierten in Freundschaft und Kameradschaft eingebunden.

Während nostalgisch brockelte und mit Schwarz-weiß-Rüschchen besetzten Schürzen gewandete Kellnerinnen pappige Brötchen, Würstchen und Getränke feilboten, ahnte der SPD-Bezirkschef Mittelrhein, Günter Schlatter, wohl schon das Bilderbuch-Wahlergebnis voraus, mit dem Johannes Rau am Nachmittag in seinem Amt als Landeschef bestätigt wurde.

Richtig zum Hauptthema des Parteitags, dem Nachrüstungsbeschluß, ging es dann wieder, als NRW-Arbeits- und Sozialminister Friedrich Farthmann mit aufgekrempten Hemdsärmeln an das Mikrophon trat und seine Sorgen kundtat: „Der Nachrüstungsbeschluß ist kein Blankoscheck für Amerika“, und noch deutlicher: „Ich weiß nicht, ob wir nächstes Jahr noch mit Amerika gehen können.“ Er erhielt tosenden Beifall.

Erst nachdem Farthmann dem Parteitag den in der Nachrüstungsfrage einzuschlagenden Weg gewiesen hatte — ein klares Bekenntnis zu Bundeskanzler Schmidt und dessen Politik, aber auch ein deutliches Artikulieren der Sorgen über die US-Politik — fand auch Regierungschef Rau ein paar akzentuiertere Töne zu diesem Thema.

Nach dem Erbsensuppen-Mittagessen fiederte sich — wenn auch gemäßigt — der Parteitag über den Antrag zur Steuerung gesamtwirtschaftlicher Nachfrage und der Beseitigung von Wachstumsheimnissen. Konkret ging es darum, ob mehr Schulden gemacht, mehr Steuern erhoben und Subventionen abgebaut werden können.

### Ungünstige Finanzlage

NRW-Finanzminister Diether Posser warnte: „Die Finanzlage in NRW ist prozentual noch ungünstiger als im Bund“, und: „Wenn das so weiter geht, können wir 1985 keine Politik mehr machen für die Leute, für die wir angetreten sind.“ Dennoch wurde der Antrag, der eine zusätzliche Kreditaufnahme

vorsieht, mit großer Mehrheit angenommen.

In dem Antrag über die Hausbesetzerzone war Innenminister Herbert Schnoor gefordert. Er hatte sich mit dem Münsteraner Professor Erich Küchenhoff auseinanderzusetzen, der die Auffassung vertritt, nicht jede Hausbesetzung sei unbedingt ein „strafwürdiges“ Delikt. Man einigte sich auf die Formel, daß Hausbesetzungen „kein geeigneter Beitrag zur Erhaltung und Verbesserung des Wohnbestandes“ sei. In einem Beitrag bekräftigte Schnoor dann aber doch noch einmal, daß er sich schlicht für „rechtswidrig“ halte.

Zur Sache ging es dann erst wieder ab 18.40 Uhr, nachdem der Parteitag beschloß, bis auf die Gesamtschulfrage die gesamte übrige Themenpalette aus Zeitnot schlicht dem Landesausschuß zu überweisen. Dann kam man zu den unter der Antragsgruppe „D“ zusammengefaßten Anträgen zur Friedens- und Sicherheitspolitik. Es wurde sachlich, aber kontrovers gestritten.

Ein vom stellvertretenden Landesvorsitzenden Diether Posser erarbeiteter Leittrag des Landesvorstandes war bereits im Vorfeld des Parteitages im Sinne der Doppelbeschlußgegner abgeschwächt worden. Auf dem Parteitag selber erarbeitete die Antragskommission dann eine noch weiterreichende Passage in der sich die „SPD mit weiten Teilen der Bevölkerung“ besorgt zeigt über die bislang unklare US-Haltung“.

Der schließlich zustande gebrachte Antrag ist ein etwas verwässerter und ausgelassener Kompromiß mit dem Schmidt in Bonn leben kann und gleichzeitig die nordrhein-westfälischen Linken, die Jusos und einen weiten Teil der kritischen Basis, geschickt eingebunden werden.

Neben Farthmann stritten vor allem der stellvertretende SPD-Bundestagsfraktionsvorsitzende Horst Elmke, Diether Posser und Antje Huber für den geforderten Kompromiß. Hauptdiskussionspunkt war, inwieweit die USA überhaupt bereit sind zu verhandeln oder inwieweit sie durch eine vorübergehende Stationierung neuer Waffensysteme ihre Politik der Stärke erreichen wollen.

Eindringlich mahnte Posser die Genossen zur Annahme des Antrages: „Er ist der einzige Hebel mit dem wir das Teufelszeug wegbekommen.“ Nach zweistündiger Debatte war man dann soweit: Der Parteitag stellte sich mit überzeugender, weit über drei Viertel der Delegierten liegenden Mehrheit hinter den Nato-Doppelbeschluß und damit die Politik des Bundeskanzlers. Der mit überwältigender Mehrheit wiedergewählte Landesparteichef — er erhielt 92,4 Prozent — hatte in dieser Diskussion etwas enttäuschend nur einmal noch das Wort genommen; zur Geschäftsordnung.

### Neue Erkenntnisse?

Mit welchen Erkenntnissen die drei diplomatischen Herren nach diesen vielen Ja, Ja aber, aber auch und schließlich Ja — doch nach Bonn zurückgekehrt sind, war nicht zu erfahren.

## Ruhr Nachrichten

### Johannes Rau

## Die Nummer 1

Nach dem Kölner Landesparteitag ist Johannes Rau mehr denn je die unumstrittene Nr. 1 der SPD in Nordrhein-Westfalen. Das wurde zum Beispiel deutlich bei seiner nahezu einstimmigen Wiederwahl zum Landesvorsitzenden und bei dem Votum der großen Parteitagmehrheit für den NATO-Doppelbeschluß, wofür sich Rau nachdrücklich eingesetzt hatte.

Das wichtigste landespolitische Thema, nämlich die Strukturkrise in der Stahlindustrie, sparte Rau nicht aus. Ob allerdings die vom Parteitag verabschiedeten Forderungen in konkrete Hilfen umgesetzt werden können, bleibt abzuwarten. Ebenso ungewiß ist, ob solche Hilfen ausreichend sind, die Stahlkrise zu beenden. Auf konkrete Maßnahmen des Landes konnte sich der Ministerpräsident allerdings nicht festlegen. Beifall fand er jedoch für seine allgemein gehaltene Versicherung, man werde es nicht zulassen, daß Stahl-

unternehmen in Nordrhein-Westfalen im internationalen „Vernichtungskampf unter die Räder kommen“.

Deutlicher als Rau formulierten Delegierte aus Stahlstädten, daß die Bewältigung der Strukturprobleme im Zusammenhang mit der Stahlindustrie auch für die Partei entscheidende Bedeutung hat. Das Wort vom „Herauskatapultierten aus der Verantwortung“ wurde mehrfach aufgegriffen und macht die Befürchtungen in der SPD deutlich: Ohne schnelle und wirkungsvolle Lösungen wird die SPD Wähler unter den Stahlarbeitern verlieren, was zum möglichen Verlust der Macht in Bonn und Düsseldorf beitragen könnte.

Landesregierung und Landes-SPD sind sich laut Rau ihrer Mitverantwortung für die Bewältigung der Strukturprobleme bewußt. Die Verantwortung für die augenblickliche Lage schrieb er ändern zu: Den Unternehmen, der Europäischen Stahlindustrie, der Europäischen Kommission und der Bundesregierung.

Ludger Audick

Kölnener Stadt-Anzeiger

2 9. Juni 1981

Klare Mehrheit für Rau auf dem Kölner Parteitag

# Landes-SPD zeigt sich geschlossen

Bonner Sicherheitspolitik und Nato-Beschluß gebilligt

Von unserem Redakteur Karlegon Halbach

Kölnener Stadt-Anzeiger

## Mit Kratzern

Erwartungsgemäß haben die Sozialdemokraten in NRW auf ihrem Kölner Parteitag dem Bundeskanzler Rückendeckung für sein Festhalten am NATO-Doppelbeschluß gegeben. Zwar fiel die Resolution nicht ganz so aus, wie sich der Landesvorsitzende Rau und wohl auch Schmidt dies gewünscht hätten, weil in ihr auch deutliches Mißtrauen gegenüber den amerikanischen Verbündeten artikuliert wurde; doch die überaus breite Zustimmung der Delegierten machte die kritischen Zusätze zu Raus vorgefertigtem Papier beinahe wieder wett.

Alle Beteiligten innerhalb der SPD könnten mit dem Kölner Beschluß leben, rieß es hinterher von der Spitze der Landespartei. Nun, die Jungs sind nicht. Aber auch Rau hat auf seinem glänzenden Schild SPD-interner Erfolge ein paar Kratzer abbekommen. Zum erstenmal, seit er in die vorderste Linie gerückt ist, erfuhr Rau massiven Widerstand und mußte ihm auch nachgeben. Der unter Raus Federführung vom Landesvorstand verfaßte Entwurf galt als nicht mehrheitsfähig und wurde denn auch gar nicht erst zur Abstimmung gestellt.

In Raus 70-Minuten-Rede fand sich auch kein Wort zur angespannten Etatlage in NRW, vermißte man Perspektiven zur Landespolitik für die nächsten Jahre, wurden die Arbeitsplatzsorgen nur am Rande gestreift. Raus Parteifreunde trugen es mit Gleichmut, daß akute Probleme unter dem Teppich blieben.

Von Köln sollte an die bundesweit zertrittene Partei ein Zeichen der Solidarität und Einigung ausgehen. Das ist geglückt.

Köln - Zu einem klaren Vertrauensbeweis für Ministerpräsident Johannes Rau und seinen auf „Harmonie durch Dialog“ abgestellten Kurs bei der Führung der Düsseldorf-Landesregierung und der 300 000 Sozialdemokraten an Rhein und Ruhr wurde der SPD-Landesparteitag am Wochenende in Köln. Rau wurde mit 92,4 Prozent der Delegiertenstimmen als Landesvorsitzender bestätigt. Von den 318 Wahlmännern stimmten 292 für Rau, 20 gegen ihn, vier enthielten sich, und zwei gaben ungültige Stimmzetteln ab.

Bei nur wenigen Gegenstimmen verabschiedete der Parteitag eine Entschließung, welche die Friedens- und Sicherheitspolitik des Kanzlers ausdrücklich unterstützt und den Nato-Doppelbeschluß bekräftigt. Der unter dem Einfluß von Rau vom SPD-Landesvorstand ausgearbeitete Beschlußvorschlag, der eine uneingeschränkte Unterstützung der Linie von Bundeskanzler Schmidt vorgesehen hatte, galt auf dem Parteitag allerdings als nicht mehrheitsfähig. Er wurde deshalb durch den Zusatz erweitert, die SPD sei mit weiten Teilen der Bevölkerung „besorgt über die bislang unklare amerikanische Haltung“.

### Siehe dazu auch den Bericht

die die Frage offenlasse, ob die USA bereits vor Verhandlungen mit der UdSSR die neuen Waffensysteme in Europa stationieren wollten, um eine „Position der Stärke“ zu erlangen. Außerdem bestünden auch Befürchtungen einer Risikoverlagerung im Rahmen des atlantischen Bündnisses, wenn auf sozialistischer wie auf amerikanischer Seite die „Spirale des Wettrüstens“ quantitativ und qualitativ weitergedreht werde.

Der erweiterte Beschluß wurde nach langen Debatten mit etwa 90prozentiger Mehrheit verabschiedet. Führende Lan-

despolitiker meinten, mit dem gefundenen Kompromiß könnten „Rau und Schmidt ebenso leben“ wie die SPD-Landespartei, die sich „nicht bedingungslos auf Kanzlertrübe“ habe einschwenken lassen wollen.

Den Nato-Doppelbeschluß vom Dezember 1979 - Nachrüstung des Westens bei gleichzeitigem Verhandlungsangebot an die Sowjetunion zur Abrüstung - hatte Rau zuvor als „einzige Chance“ bewertet, beide Seiten an den Verhandlungstisch zu bringen. Deshalb müsse Bundeskanzler Schmidt „gestärkt durch seine Partei“ in die Gespräche mit Washington und Moskau gehen können.

Eine eindeutige Mehrheit gab es auch für die gemäßigte Haltung des Ministerpräsidenten in der Gesamtchulfrage mit Bestandsgarantie für das gegliederte Schulwesen und der Einführung der Gesamtschule als Angebot, über das Elternwille und Schulträger entscheiden. Rau kündigte an, der Regierungsentwurf werde noch vor den Parlamentsferien von der SPD-Mehrheit im Landtag verabschiedet, auch wenn die Opposition nicht mitziehe. Die CDU forderte er auf, die Erweiterung des Bildungswesens zu einer „Sache des ganzen Landes“ zu machen und „weiteren jahrelangen Streit“ zu vermeiden.

Aachener Volkszeitung

# Klares Votum für Rau und den Kanzler

VON REDAKTIONSMITGLIED BERTHOLD STRAUCH

Köln, 28. Juni. - Eine breite Zustimmung fand auf dem Parteitag der nordrhein-westfälischen SPD in Köln die Politik von Ministerpräsident Johannes Rau. Am Samstag wurde er als alleiniger Kandidat mit dem überwältigenden Ergebnis von fast 92 Prozent der Stimmen für zwei Jahre als Parteichef bestätigt. Mit diesem Votum stützten die Delegierten auch Raus Eintreten für die „Friedens- und Sicherheitspolitik“ von Bundeskanzler Helmut Schmidt.

Bei nur wenigen Gegenstimmen wurde ein entsprechender Antrag des Landesvorstandes, den Nato-Doppelbeschluß der SPD zu bekräftigen, ohne große Probleme absegnet.

292 der 318 Delegierten des Kölner Landesparteitages, der unter dem Motto „Verantwortung für unser Land“ stand, gaben Rau ihre Stimme. Ebenfalls bestätigt wurden seine beiden Stellvertreter, die Bundesfamilienministerin Antje Huber und der NRW-Minister für Stadtentwicklung, Christoph Zöpel.

In dem angenommenen Antrag zur Sicherheitspolitik wurde die Besorgnis über die bislang noch unklare amerikanische Haltung geäußert, ob nun baldige Verhandlungen oder eine neue Position der Stärke angestrebt werde (Bericht Kommentar).

29. Juni 1981

## Köln - Stadt-Anzeiger Rau's Harmonie-Kurs fand auch Kritiker

Mehr Auseinandersetzung mit der CDU gefordert

Von unserem Redakteur Karlegon Halbach

Köln - Die nordrhein-westfälische SPD müsse sich mehr mit der CDU beschäftigen als mit sich selbst. Sie dürfe dem politischen Gegner nicht erlauben, vor den „großen Fragen auszuweichen“, sich „liberale Mäntelchen“ umzuhängen und die „alte Politik in neuen Schläuchen“ zu verkaufen. Mit dieser Marschrichtung versuchte der SPD-Landesvorsitzende, Ministerpräsident Rau, auf dem Kölner SPD-Landesparteitag am Wochenende die Genossen von der innerparteilichen Diskussion über die Nachrüstung wegzubringen und sie stärker auf landespolitische Themen zu konzentrieren.

In einer finanziell und konjunkturell schwierigen Situation in der der SPD der Wind ins Gesicht blase, gehe es neben der Unterstützung des Bundeskanzlers in seinem Bemühen um Friedenssicherung vor allem daran, NRW als „soziales Land“ zu erhalten und für alle die einzutreten, die in Abhängigkeit leben. Wenn jetzt der Zwang zum Sparen vorherrsche, müsse sozialgerecht geparkt werden, forderte Rau. Deshalb habe er Zweifel daran, daß die Erhöhung des Arbeitslosenbeitrages ein richtiger Ansatz sei. Zusätzliche Belastungen seien den Arbeitnehmern nur dann zuzumuten, wenn „auch die anderen dran sind“, die Selbständigen, die Unternehmer und die, die kein Arbeitsplatzrisiko hätten.

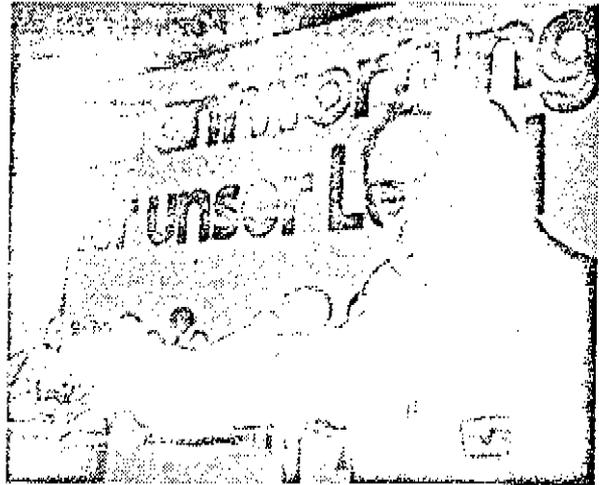
Rau habe „einen Pflock gesetzt, um den die Ziege Parteitag

kreisen soll“, kritisierte ein Delegierter. Bei denjenigen die auf Raus „Harmonie durch Dialog“ nicht eingeschworen waren, war denn auch Enttäuschung über die Beschwichtigungsversuche Raus unverkennbar.

Der Vorsitzende des SPD-Bereichs Mittelrhein, Schlatter, beschleunigte der Landespartei jedoch, sie sei „nicht im Zustand geschlossener Sprachlosigkeit“, wie dies von außen behauptet werde. Zwar sei „herausgekehrte Harmonie“ allein kein Konzept zur Lösung der Probleme, es sei aber ein positives Faktum, daß die SPD an Rhein und Ruhr sich in Zeiten innerparteilicher Krisen als „runder Pol“ erweise. Hierzu habe Rau wesentlich beigetragen.

Sprecher der Jungsozialisten zeigten sich „irritiert und wütend“ darüber, daß der „Ministerpräsident von Düsseldorf ausgibt, was die Partei zu denken hat.“ Das „Rumtören in der Jugend und bei den Arbeitslosen“ werde übergangen. Die Diskussion eingeschränkt. Statt sichtbarer sozialdemokratischer Politik gebe es „meist nur Vertretungen auf morgen.“

Nach Ansicht der NRW-CDU hat der Parteitag „keine einzige Antwort“ auf die Frage gegeben, wie die SPD-Landesregierung die „großen Arbeitsplatzprognosen und die dramatisch schlechte Entwicklung der Staatsfinanzen“ in den Griff bekommen wolle.



SEHR ENGAGIERT stellte sich NRW-Ministerpräsident Rau auf dem SPD-Landesparteitag in Köln hinter die Sicherheitspolitik der Bundesregierung. Mit 92,4 Prozent der Delegiertenstimmen wurde er als Landesvorsitzender bestätigt. Bild: Kloss

Kölnische Rundschau

## NRW hält zu Schmidt

dt Köln. Die nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten haben sich in der Nachrüstungsfrage mit überzeugender Mehrheit hinter die Friedens- und Sicherheitspolitik von Bundeskanzler Schmidt gestellt.

Während ihres Landesparteitages am Wochenende in Köln verhielten die 300 Delegierten bei der Annahme eines abgeschwächten Leitantes jedoch auch ihre Befürchtungen nicht. Sie stellten klar: „Die SPD ist mit weiten Teilen der Bevölkerung besorgt über die bislang unklare amerikanische Haltung.“

NRW-Arbeitsminister Friedrich Farthmann hatte während der zweistündigen, sehr gegensätzlich geführten Debatte betont: „Der Nachrüstungsbeschluss ist kein Blankoscheck für Amerika.“

Ebenso wie der stellvertretende SPD-Landesvorsitzende und NRW-Finanzminister Dieter Posser sowie der stellvertretende SPD-Bundestagsfraktionsvorsitzende Horst Ehmke setzte er sich jedoch vehement für die Annahme des Parteitagbeschlusses ein, da der Nato-Doppelbeschluss die einzi-

ge Möglichkeit sei, um die USA zu Verhandlungen zu zwingen.

Ministerpräsident Johannes Rau wertete zuvor den Doppelbeschluss als „einzige Chance“, um Ost und West an den Verhandlungstisch zu bringen.

In der Diskussion nach der Grundratsrede von Rau war ihm zunächst vorgeworfen worden, er habe durch Äußerungen im Vorfeld des Parteitages versucht, die nordrhein-westfälischen Genossen auf „Kanzlerkurs zu trimmen“.

Daß die Genossen an Rhein und Ruhr insgesamt mit ihrem auf Ausgleich und Verständigung bedachten Landesvorsitzenden Rau zufrieden sind, machte die überzeugende Wiederwahl Raus deutlich. Der Landesparteichef erhielt 92,4 Prozent der Stimmen. Von 318 Delegierten stimmten 292 für Rau. 20 votierten gegen ihn, vier enthielten sich der Stimme, zwei Stimmzettel waren ungültig. Auch die beiden Rau-Stellvertreter Bundesfamilienminister Antje Huber und NRW-

Stadtentwicklungsminister Christoph Zupel wurden in ihren Ämtern bestätigt.

Bohr Nachrichten

## Die SPD fordert Hilfen des Staates für den Stahl

„Sonst verschwinden Unternehmen vom Markt“

Düsseldorf. (L. A.) Für die von der Stahlkrise betroffenen Unternehmen hat der SPD-Landesparteitag eine zeitlich befristete staatliche Investitionsförderung gefordert, die mit Auflagen verbunden werden soll. Nur dadurch und durch weitere Maßnahmen könne verhindert werden, daß die deutsche Stahlindustrie in den nächsten Jahren weitgehend vom Markt verschwinde. heißt es in einem vom Parteitag verabschiedeten Antrag.

Insbesondere für die Stahlstandorte Dortmund, Bochum, Witten, Hattingen, Hagen, Duisburg, Oberhausen, Gelsenkirchen und Siegen seien „wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Stahlindustrie und zur sozialen Flankierung des notwendigen strukturel-

len Anpassungsprozesses“ erforderlich. Folgende Maßnahmen wurden u. a. genannt: Eine Aufstockung des Stahlforschungsprogramms des Bundes sowie ein Sonderprogramm des Bundes und der Länder für arbeitsplatzschaffende Investitionen außerhalb der Stahlindustrie in den Stahlstandorten. Weiter soll geprüft werden, ob die Investitionen von Hoesch in Dortmund zur Strukturpassung möglichst sofort von Bund und Land vorfinanziert werden können. Ferner soll mit dem Neubau der Schleuse Henrichenburg unverzüglich begonnen werden. Für Arbeitsmarktförderung und Sozialpläne wurden mehr Mittel von Bonn und Brüssel gefordert.

Siehe Kommentar

## Rückenstärkung für Bonn aus Düsseldorf

Nordrhein-westfälische SPD stellt sich hinter die Sicherheitspolitik des Bundes

Von unserer Redaktion Rhein-Ruhr

Köln, 28. Juni

Mit deutlicher Mehrheit hat sich die nordrhein-westfälische SPD auf ihrem Landesparteitag am Wochenende in Köln hinter die Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung gestellt. Ministerpräsident Johannes Rau hatte schon im Vorfeld des Parteitags dem Bundeskanzler ein Vertrauensvotum versprochen, das die Partei nun erfüllt hat. Allerdings wurde in der Debatte — die sich der amerikanische Generalkonsul in Düsseldorf simultan übersetzen ließ — auch Kritik an den USA deutlich. Die SPD teile die Besorgnis weiter Kreise der Bevölkerung gegen die unklare Haltung der Amerikaner zu Verhandlungen mit der Sowjetunion. Ein Verschleppen dieser Verhandlungen stünde im Widerspruch zum NATO-Doppelbeschluss von 1979. Keinesfalls dürfe es zu einer automatischen Stationierung von Mittelstreckenraketen womöglich nur auf dem Boden der Bundesrepublik kommen.

In seiner Grundsatzrede hatte Ministerpräsident Rau das Taktieren der amerikanischen Regierung gerügt. „Vieles von dem, was uns amerikanische Beamte in den letzten Wochen nahezu täglich zumuten, ist für uns keine Ermütigung, sondern bringt Irritationen.“ Die amerikanischen Freunde sollten doch mit einer Stimme reden, mit Zitatensammlungen lasse sich keine Politik machen.

Die Durchsetzung des Parteitagsvotums war zu keinem Augenblick gefährdet. Nur vereinzelt artikulierten überwiegend junge Parteimitglieder ihre prinzipielle Gegnerschaft zu einer „Abrüstung durch Aufrüstung“, wie sie der NATO-Doppelbeschluss vorsieht. Johannes Rau setzte

dagegen die Formel, daß einseitige Abrüstung ebenso gefährlich sei wie einseitige Aufrüstung. Mit Blick auf die neue Friedensbewegung, in der er persönlich viele Freunde habe, sagte Rau, daß die Partei des Friedens in der deutschen Geschichte immer die SPD gewesen sei.

Bundesgesundheitsministerin Antje Huber, Raus Stellvertreterin an der Spitze der Landespartei, rief sichtlich bewegt den jüngeren Parteimitgliedern zu: „Uns, die wir im Bomberhagel gegessen haben, könnt ihr mit eurem Friedenswillen nicht übertreffen.“

Geschlossenheit zeigte die nordrhein-westfälische SPD auch in der Gesamtschulfrage. Mit der Annahme eines Grundsatzantrags, den der Vorstand noch am Vortag formuliert hatte, dürfte die Kontroverse innerhalb der SPD beendet sein. Danach wird die Gesamtschule neben dem bestehenden Schulsystem etabliert; ausschlaggebend soll der Elternwille sein. Das Kapitel Gesamtschule als Versuchsschule ist damit für die nordrheinwestfälischen Sozialdemokraten endgültig abgeschlossen.

Die nordrhein-westfälische SPD verurteilt Hausbesetzungen und hält sie für rechtswidrig. In einem bei nur wenigen Gegenstimmen angenommenen Antrag heißt es, Hausbesetzungen seien kein geeignetes Mittel, einen Beitrag zur Erhaltung und Verbesserung des vorhandenen Wohnungsbestandes zu leisten.

Mit 292 von 318 abgegebenen Stimmen wurde Rau als Vorsitzender der Landespartei wiedergewählt. Die höchste Stimmenzahl bei der Wahl der übrigen Vorstandsmitglieder erreichte Justizminister Diether Posser.

Süddeutsche Zeitung

## Bochum beschäftigte auch SPD-Parteitag

### Schnoor für „gewaltfreie Lösungen“

waz KÖLN

Auch auf dem SPD-Landesparteitag in Köln spielten die Bochumer Ereignisse eine Rolle. OB Eikelbeck und Innenminister Schnoor eiferten von Besprechung zu Besprechung. Delegierte, die am Morgen die WDR-Nachrichten gehört hatten, verlangten Auskunft. Innenminister Schnoor erläuterte die Linie der Landesregierung: Eskalationen vermeiden, gewaltfreie Lösungen suchen, aber jeden Rechtsbruch verfolgen. Schnoor: „Sonst regiert das Faustrecht und zum Schluß haben wir den Ruf nach Bürgerwehr und nach dem starken Mann.“

Das Wort vom Faustrecht — offensichtlich Schnoors Handschrift — stand auch im Leitartikel des Landesvorstands zum Thema Hausbesetzungen. Der Vorstand selbst modifizierte seinen Text. In der schließlich angenommenen Fassung steht nicht mehr wörtlich zu lesen: „Hausbesetzungen sind rechtswidrig, selbst dann, wenn Häuser besetzt werden, die zu Spekulationszwecken herstehen.“ Es heißt nun: „Hausbesetzungen sind kein geeignetes Mittel, einen Beitrag zur Verbesserung des Wohnungsbestandes zu leisten... Hausbesetzungen verletzen das Eigentumsrecht

anderer und zwar auch dann, wenn in ihnen berechtigte Kritik zum Ausdruck kommt.“

Daß in diesem Zusammenhang nicht von einem „Widerstandsrecht“ der Besetzer gesprochen werden könne, verteidigte Minister Farthmann vehement: „Im Widerstand gegen die Diktatur sind unsere Väter gestorben. Aber Widerstand gegen den demokratischen Staat — da faß ich mich an den Kopf!“ Und unter lebhaftem Beifall: „Wird Jugendpolitik eigentlich nur noch an den nullkommanullnull Prozent Hausbesetzern gemessen?“

2 9. Juni 1981

Handelsblatt

SPD Nordrhein-Westfalen

# Genossen liebäugeln mit Steuern und Schulden

Von NORBERT MIDDEKE

HANDELSBLATT, So./So., 27./28.6.1981

Daß der 6. ordentliche Landesparteitag der NRW-Sozialdemokraten am Samstag in Köln nach zum Teil hitziger Diskussion schließlich doch den Nato-Doppelbeschluß über die Nachrüstung bei gleichzeitigen Verhandlungen mit großer Mehrheit verabschiedet hat, wird den Bundeskanzler freuen. Zwar meldet die SPD Nordrhein-Westfalens Bedenken gegen das Verhalten mancher Politiker der USA an und will sogar Moratoriumslösungen in der Abrüstungsfrage nicht ausschließen, doch ist der Kölner Beschluß in der Substanz voll auf der Kanzlerlinie — ganz anders als das Lohnsteiner-Juso-Verdikt, den Doppelbeschluß einfach als Makulatur wegzuerwerfen.

Freuen kann sich auch NRW-Ministerpräsident Johannes Rau, der in Köln mit 292 von 318 Delegiertenstimmen (nahe 92 %) für weitere zwei Jahre zum SPD-Chef in NRW gewählt wurde. Dieses glänzende Wahlergebnis steht indes in einem

etwas merkwürdigen Verhältnis zu dem Rechenschaftsbericht Rau's vor dem Kölner Parteitag. In pastoralen Tönen beschwor er zwar die Verantwortung, die seine seit Mai 1980 mit absoluter Mehrheit in Düsseldorf ausgestattete Partei für Nordrhein-Westfalen trage. Doch ersparte in seiner Rede handfeste konkrete Hinweise darüber aus, wie er die Finanzmisere im volkreichsten Bundesland zu beheben gedenke.

Konkret ist da vielmehr der Kölner Parteitagbeschuß über die allgemeine NRW-Wirtschafts- und Finanzpolitik. Für den Steuerzahler an Rhein und Ruhr heißt es da recht unerfreulich: „Zur Förderung eines qualitativen Wachstums ist es unumgänglich, die öffentlichen Haushalte in Zukunft noch mehr als bisher zugunsten von Zukunftsinvestitionen und Investitionsfördernden Maßnahmen umzustrukturieren. Dabei sind sowohl eine zusätzliche Kreditaufnahme als auch eine angemessene und verteilungspoli-

tisch gerechte Anhebung der Steuerquote und auch eine Überprüfung von Transferzahlungen/Subventionen geeignete Ansatzpunkte.“

Die Delegierten waren wohl schon zu sehr auf die später anstehende Nachrüstungsdebatte fixiert, als daß sie die Brisanz dieser schließlich gebilligten Antragsformulierung erkannt hätten. Erkennt hat sie wohl der NRW-Finanzminister Dr. Dieter Posser, der in der ihm eigenen Offenheit auch in Köln wieder betonte, wie sehr ihn die Verschuldung des Landes plagt. Dem Sparkommissar Posser hat das Wort von der zusätzlichen Kreditaufnahme gewiß (teller in den Ohren geklungen) als jenes von der Anhebung der Steuerquote.

Aufhorchen wird nach dem Kölner Parteitag jedenfalls die notleidende Stahlindustrie Nordrhein-Westfalens. Die Delegierten haben nämlich etwas beschlossen, was Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff meidet wie der

Teufel das Weihwasser: „Sofortigen Einsatz einer zeitlich befristeten staatlichen Investitionsförderung, die mit Auflagen für die Unternehmen verbunden werden muß.“

Der Wiederwahl-Sieg des Johannes Rau und der schließlich doch noch über den NATO-Doppelbeschluß gefundene Konsens hat in Köln die nach wie vor brennenden wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Probleme Nordrhein-Westfalens überlagert. Doch auch nach Köln ist Nordrhein-Westfalen keine Insel der Seligen und schon gar kein Musterländle. Johannes Rau muß indes in den Augen mancher Sozialdemokraten in anderen Bundesländern als wahrlicher Wunderknabe erscheinen, dem Parteiquerelen — wie in Hamburg, Hessen oder Berlin — Bilanz erspart geblieben sind. Macht ihn dieses Glück allein schon zum Mitglied der „allerersten Führungsgarnitur der Bundes-SPD“? Wohl kaum.

## Die Welt

# Rau will Schmidt den Rücken stärken

SPD in NRW unterstützt NATO-Doppelbeschluß, aber mit Bedingungen

G. BADING/DW, Köln

In der „bundespolitisch schwierigen Situation“, in der „mitunter der Wind uns ins Gesicht bläst“, erinnerte Ministerpräsident Johannes Rau seine Genossen auf dem Landesparteitag der nordrhein-westfälischen SPD daran, was es für eine „20jährige Plackerei gewesen ist“, bis Sozialdemokraten in der Regierung gesessen hätten. Das sei nur gelungen, weil damals darauf verzichtet worden sei, immer die eigenen Querelen zum Gegenstand der Auseinandersetzungen zu machen.

Mit diesen Worten ihres Regierungschefs im Ohr stellte sich die nordrhein-westfälische SPD in demonstrativer Geschlossenheit hinter Bundeskanzler Schmidt und ihren Landesvorsitzenden Ministerpräsident Johannes Rau. Auf dem Parteitag des mitgliederstärksten SPD-Landesverbandes wurde in Köln bei nur wenigen Gegenstimmen eine Entschloßung verabschiedet, die die Friedens- und Sicherheitspolitik des Kanzlers ausdrücklich unterstützt und den NATO-Doppelbeschluß bekräftigt. Die Delegierten zeigten sich jedoch besorgt über die — ihrer Meinung nach — bisher unklare amerikanische Haltung.

Rau, der mit 92 Prozent der Stimmen wiedergewählt wurde, rief seine Partei auf, als mitbedeutendster Landesverband einen Beitrag zur bundesweiten Konsolidierung der Partei zu leisten. An die Adresse der Kanzler Kritiker gerichtet sagte er: „Die Friedenspartei in der Geschichte unseres Volkes war

und ist immer die sozialdemokratische Partei! Man dürfe nicht „Leute hochjubeln und dann herunterholen, sondern muß mit ihnen den Weg zur Sicherung des Friedens gehen“. Es sei bedrückend und zum Schaden des ganzen Volkes, daß sich die CDU diesem zentralen Thema verweigere.

Nach langer kontroverser, aber sachlicher Diskussion wurde ein stark veränderter Antrag zum NATO-Doppelbeschluß befürwortet. Darin heißt es, daß Verhandlungen Vorrang haben müßten, keinesfalls dürfe es zu einer „automatischen“ Stationierung von NATO-Mittelstreckenraketen in Europa unabhängig vom Fortgang der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen kommen.

Nach stundenlangen Diskussionen setzten die Delegierten durch, daß in dem vom Landesvorstand eingebrachten Antrag ein zusätzlicher Absatz aufgenommen wurde, in dem es heißt: „Die SPD ist mit weiten Teilen der Bevölkerung besorgt über die bislang unklare amerikanische Haltung.“ Offen sei, ob die USA wirklich zu baldigen Verhandlungen mit der Sowjetunion bereit seien, oder ob „sie — möglicherweise auch durch die vorherige Stationierung der neuen Waffensysteme in Europa — eine Position der Stärke erlangen“ wollten. Dies würden die nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten ablehnen, denn „eine Position der Überlegenheit oder der Unterlegenheit macht Entspannungspolitik schwieriger, nicht leichter.“

Der Parteitag folgte Rau, der in

den langwierigen Vorverhandlungen mit den Parteigremien über den Leitartikel darauf bestanden hatte, einen Passus aufzunehmen, in dem die Unterstützung des Kanzlers ausdrücklich genannt wird. „Die SPD unterstützt Bundeskanzler Helmut Schmidt in seinem Bemühen um Gleichgewicht der Kräfte, um Rüstungsbegrenzung und um friedliche Zusammenarbeit auch mit den ostlichen Nachbarn“, heißt es in dem Beschluß.

In der Diskussion hatten sich vor allem die beiden Minister Farthmann und Posser energisch für den Leitartikel eingesetzt. Sozialminister Farthmann versicherte den wenigen, vor allem bei den Jusos angesiedelten Gegnern des Beschlusses, daß eine Zustimmung zum Nachrüstungsbeschluß „keinesfalls eine Blankovollmacht an die USA für alle Zeit“ sei.

So energisch sich Rau in der Frage der Nachrüstung hinter Schmidt und dessen Politik stellte, bei der Stahlpolitik und der Sozialpolitik übte er allerdings zurückhaltende Kritik an der Bundesregierung. Es gehe im Stahlbereich nicht an, daß das Land Nordrhein-Westfalen seinen Verpflichtungen stets nachkomme, sich aber in Europa nichts ändere. Schuld an der Stahlmisere seien sowohl die Unternehmen, als auch deren europäische Grenzen, die EG-Kommission und auch die Bundesregierung. Zu den geplanten Sparmaßnahmen sagte Rau, sie dürften nicht die ohnehin stark belasteten Arbeitnehmer allein treffen.

# Ein Bekenntnis zum Nato-Doppelbeschluss

Doch die SPD in Nordrhein-Westfalen zweifelt an Washington

L. B. KÖLN, 28. Juni. Die SPD in Nordrhein-Westfalen hat sich als der mit Abstand stärkste Landesverband unter der Führung des wiedergewählten Vorsitzenden, Ministerpräsident Rau, am Wochenende in Köln auf ihrem Parteitag mit deutlicher Mehrheit zum Doppelbeschluss der Nato bekennt. Die Partei will dies, wie außer Rau auch Ehmke, Posser und Farthmann in der langen, kontroversen Debatte über das Beschlüßpapier bekräftigten, als Unterstützung der Politik der Koalitions-Regierung in Bonn interpretiert sehen.

Der Wortlaut des Leittrags, den die Landesführung mehrfach verändern und erweitern mußte, um ihn vor den 318 Delegierten mehrheitsfähig zu machen, verlangt in seiner Schlußfassung aber den „unbedingten Vorrang“ von Verhandlungen vor der Stationierung neuer Waffensysteme in Europa und lehnt jeden „Prozess der Modernisierung eurostrategischer Atomwaffen“ unabhängig von Verhandlungen ab. Moratorien als Zwischenlösungen werden ausdrücklich akzeptiert. Schließlich erklärte die SPD die amerikanische Haltung als „unklar“, wobei sie sich mit weiten Teilen der Bevölkerung einig glaubt. In Frageform unterstellt der Beschluß, die Vereinigten Staaten wollten durch Stationierung neuer Waffensysteme in Europa vor Verhandlungen eine „Position der Stärke“ erlangen, was die Risiken Europas im Bündnis vergrößere.

Viele Delegierte machten deutlich, daß sie auch diesem Beschluß nur unter starren Bedenken zustimmten. Ursprünglich war in mehreren Anträgen von amerikanischen Erstschatlagwaffen

die Rede, die den sowjetischen Erstschatlag herausfordern könnten. Ferner wurde die Zurücknahme des Doppelbeschlusses, zumindest seine Revision, verlangt und behauptet, die Regierung Reagan wolle nur aufrüsten, aber nicht verhandeln.

Bei seiner Wiederwahl als Landesvorsitzender erhielt Rau 92 Prozent der Delegiertenstimmen. Er beschwor, ohne inhaltlich an dieser Debatte teilzunehmen, die Partei, den Kurs „mit Schmidt und Brandt“ zu halten. Auch seine Stellvertreter Zügel und Frau Huber wurden in ihren Ämtern bestätigt. Rau erwähnte die Partei, durch innere Zerrissenheit nicht alles zu gefährden, was man „nach zwanzigjähriger Plackerei“ im politischen Kampf gegen die CDU erreicht habe. Die SPD werde krank werden, wenn sich ihre Funktionsträger nur noch mit sich selbst beschäftigen und man den Wählern im Lande nicht mehr begegne. Er warnte davor „mer Gogenkultur nachzulaufen. Die SPD müsse „die Friedensbewegung in der Jugend“ in die Partei integrieren, zugleich aber die Grenzen klarmachen: Hausbesetzungen seien rechtswidrig, einseitige Abrüstung lebensgefährlich.

Im landespolitischen Teil ihrer Beratungen sprach sich die SPD trotz eindringlicher Warnungen ihres Finanzministers Posser dafür aus, noch mehr Schulden zu machen und die Steuern zu erhöhen, um bestehende und künftige Probleme zu lösen. In dem neuen Parteibeschluss zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik heißt es: „Für die achtziger Jahre muß weiterhin mit einem großen Bedarf an Staatsausgaben zur Lösung der Beschäftigungsprobleme gerechnet werden.“

27. Juni 1981  
**Wöchentliche Rundschau**  
**ANNE** der Woche

„Bis an mein selig Ende und ewiglich.“

Johannes Rau, bibel- und gesangsbuchlester NRW-Regierungschef, auf die Frage, ob er in Bonn Karriere machen wolle und wie an noch in Düsseldorf bleibe.

Neue Rhein Zeitung  
 JENS FEDDERSEN

27. Juni 1981

## Rau und NRW

Das Land stützt Bonn

In NRW ist die Welt noch in Ordnung - die Welt der SPD, gemessen am Zustand dieser Partei in Berlin, in Hamburg und anderswo.

Selbstbewußt haben sich die Sozialdemokraten an Rhein und Ruhr für ihren heute in Köln stattfindenden Landesparteitag das Motto gegeben: „Verantwortung für unser Land!“ In die politische Praxis übersetzt kann dies nur dreierlei bedeuten:

1) Volle Unterstützung und Rückendeckung für das sozialliberale Bündnis in Bonn.

2) keinerlei Zweifel an der Bereitschaft und Fähigkeit zum Regieren aufkommen zu lassen - und sich oben nicht selbst in die Opposition schieben und

3) schließlich dem Bundeskanzler Helmut Schmidt demonstrativ zu beweisen, daß der mit Abstand stärkste Landesverband der SPD den Bonner Kurs stützt.

### Kein Schulkampf

Das alles bedeutet nicht, daß die Delegierten in Köln nur Beifall klatschen. Im Gegenteil: Auch in NRW wird die Sicherheitspolitik kontrovers diskutiert, und in der Schulfrage wollen manche SPD-Abgeordnete den Düsseldorfer Regierungschef auf den Kurs der „reinen Lehre“ zwingen.

Aber Johannes Rau hat mehr als einmal klargestellt, daß er keine Neuaufgabe der unseligen Schulkämpfe in unserem Land will, ihn darin zu

bestärken, ist notwendig. Manche Sozialdemokraten glauben, daß absolute Mehrheiten Freibriefe sind. Johannes Rau weiß, daß sie eher zu einem behutsamen Einsatz der Macht und der Möglichkeiten verpflichten.

### Leistung und Fleiß

Als erster Bürger des Landes und als Spitzenmann der SPD ist Johannes Rau unumstritten. Sein Platz ist Düsseldorf. Daß ihm von Zeit zu Zeit immer wieder „höhere Weihen“ in Bonn nachgesagt werden, als Parteichef oder gar als Kanzler, kann getrost als reine Phantasie bezeichnet werden. Aber es zeigt eben die Wunschträume mancher außerhalb Nordrhein-Westfalens stark gebaute Sozialdemokraten. Von Johannes Rau selbst jedenfalls kommt diese Art der Posten-Kokette nie.

NRW ist kein Land der „Aussteiger“, und auch für „Grüne“ und für „Alternative“ gibt der Boden nichts her. Der Menschenschlag ist industriebewußt, ohne das Umwelt-Denken beiseite zu schieben. Hier zählt Leistung, und das Wort „Fleiß“ hat keinen negativen Beigeschmack.

Johannes Rau wird in Köln einen überzeugenden Vertrauensbeweis erhalten. So selbstverständlich ist das heutzutage nicht, aber umso stärker ist das politische Gewicht dieses Mannes und des von ihm repräsentierten Bundeslandes.

## Wie Rau den Kurs des Kanzlers durchsetzt

Vom Parteitag der SPD in Köln berichtet Lothar Bewerunge

KÖLN, 28. Juni. Wenn die Lage schon so betrüblich ist, dann wollen wir wenigstens fröhlich sein. So könnte man den Eindruck zusammenfassen, den Johannes Rau am Wochenende im Köfiter Messezentrum seiner nordrhein-westfälischen SPD vermittelte und für den er abermals das Vertrauen von mehr als neunzig Prozent der Delegierten erhielt.

Rau und sein Landesvorstand halten beträchtliche Mühe, den Parteitag auf den Kurs des Bundeskanzlers zur Nato-Politik zu bringen. Es bedurfte mehrerer Anläufe, immer wieder korrigierter Antragspapiere, vielstündiger Kompromißberatungen hinter verschlossenen Türen. Auch in der Schulpolitik bleibt Rau dem linken Flügel zu lasch, in der Stahlpolitik zu untätig, obwohl er hier keine Kompetenzen hat. Die Partei beschloß in Köln, künftig seien noch mehr Staatsschulden und weitere Steuererhöhungen nötig. Der Finanzminister Posser und der Sozialminister Farthmann widersprachen. Rau jedoch griff in die Debatten kaum ein, er ließ für sich streiten. Es ist schon ein Bravourstück, wie dieser Ministerpräsident Konflikte austragen läßt, ohne sie durch eigene Stellungnahmen an seine Person zu binden.

Dieses Land, gesteht Rau, sei in schwieriger Lage. Es werde kaum noch Zuwachs geben bei Produktion und Einkommen, immer härtere Vertei-

lungskämpfe stünden bevor. Es werde noch mehr Druck geben auf den Arbeitsmarkt, und auch wegen der Landesfinanzen habe er Sorgen. Doch derselbe Rau sagt zugleich, es werde auch Lösungen geben, man könne zuversichtlich sein, man werde „es schaffen“, gemeinsam mit Schmidt und den Gewerkschaften und den Betriebsräten und den Bürgern und sogar einer irrenden Jugend, die viel mehr väterlicher und brüderlicher Liebe bedürfte.

Rau will eine SPD als Lebensgemeinschaft, die auch wieder Feste feiert. Vielleicht ist das alles nur ein Amalgam aus jenen bürgerlich-pietistischen Zielen, aus denen er selbst gekommen ist, und einer Arbeiterfamilienbewegung des späten 19. Jahrhunderts, die in vergilbten Fotoalben weiterlebt. Doch die Tatsache, daß Johannes Rau einstweilen erfolgreich jene Verquickung von Zuneigung, Dialog, Hoffnung, fast trotziger Fröhlichkeit als Politik betreibt, kann man nicht verkennen. Wenn derzeit nahezu alle Politiker ihre Sorgen um das „soziale Netz“ vortragen, ihre Furcht begründen, man müsse Leistungsgesetze abbauen, vom Sparen, Einsparen, Verzicht reden, Johannes Rau nicht aus jeder schlechten Nachricht eine gute: „Notwendige Einschränkungen schaffen neue Freiräume. Es besteht kein Grund zum Pessimismus.“

Nordrhein-Westfalens SPD besorgt über Amerikas Rüstungspolitik

„Keine Blanko-Vollmacht für die USA“

Fortsetzung von Seite 1  
 Köln. (kle) Der Einsatz vieler Menschen in der Bundesrepublik für den Frieden ist für die nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten „ein gutes Zeichen“. Dieser Einsatz mache deutlich, heißt es in ihrem Kölner Beschluß zur Friedens- und Sicherheitspolitik, daß alle Bürger „nicht an eine Politik der Stärke glauben und nicht daran, daß allein Waffen den Frieden sichern können“. Die SPD werde sich an dem Friedensgespräch „intensiv beteiligen“.

Die SPD teile mit weiten Teilen der Bevölkerung die Sorge über die US-Haltung, heißt es weiter. Es bestünde auch Befürchtungen einer „Risikoverlagerung im Rahmen des atlantischen Bündnisses“. Die SPD: „Die europäischen Bündnispartner der USA haben Anspruch auf alsbaldige Klärung dieser für sie lebenswichtigen Frage“. Es bestehe die Gefahr, daß durch die sowjetischen SS20- und amerikanischen Pershing-2-Raketen sowie Marschflugkörper „die Spirale des Wettrüstens in quantitativer

wie in qualitativer Hinsicht weitergedreht“ werden.

Die SPD in Nordrhein-Westfalen erwarte daher von der Bundesregierung und den Verbündeten, daß sie in Verhandlungen mit der UdSSR weiterhin darauf drängen, daß Moskau keine weiteren Mittelstreckenraketen stationiere, bereits stationierte abbaue und damit die „in Aussicht genommene Nachrüstung in Westeuropa unnötig gemacht“ werde. Verhandlungen hätten „unbedingt Vorrang“ vor Nachrüstung. Deshalb lehne die SPD „im Gegensatz zur bedingungslosen Zustimmung der CDU/CSU zur Nachrüstung und im Widerspruch zu einigen amerikanischen Stimmen“ einen von Verhandlungen unabhängigen „Prozess der Modernisierung der eurostrategischen Atomwaffen“ ab.

Weiter heißt es, ein Verschleppen der „politisch gebotenen Verhandlungen“ stehe im Widerspruch zum NATO-Doppelbeschluß. „Auf keinen Fall“ dürfe es zu einer automatischen Stationierung von Mittelstreckenraketen,

„wohlmöglich nur auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland“, kommen. Schließlich verlangte die SPD in NRW eine Überprüfung des Doppelbeschusses auf dem SPD-Bundesparteitag im Frühjahr 1982.

Dem Beschluß des Landesparteitages war eine mehr als dreistündige Diskussion vorausgegangen, in der von allen Teilnehmern US-skeptische Äußerungen gemacht wurden (Arbeitsminister Farthmann: „Keine Blanko-Vollmacht für die USA“). Der Landesvorstand, hatte sich tags zuvor auf einen neuen Antragsskizzen verständigt, um, so Johannes Rau auf dem Parteitag, „einen wirklich für alle tragbaren, einen konsensfähigen Text“ zu finden. Ein Initiativ-Antrag des Essener Landtagsabgeordneten Peter Heinemann wurde noch während des Parteitages nach langem Tauziehen hinter den Kulissen weitgehend eingebaut. Auf Heinemann gehen wesentliche Passagen des Beschlusses zurück. Lediglich seine These, es handle sich bei den US-Raketen um auf

den Westen der UdSSR „gerichtete Ersts Schlagwaffen“, wurde gestrichen.

Rau hatte zuvor als Ziel der breiten Friedensdiskussion die Parole ausgegeben, es gelte eine Politik zu stützen, „für die Helmut Schmidt und Willy Brandt in Bonn stehen und wir bei uns im Land“ Frieden, der sicher bleiben solle, bedeute, „das streitige Gespräch führen“ und danach den Rücken stärken, denen wir Verantwortung übertragen haben“. Es gehe darum, „nicht Leute hochjubeln und dann herunterholen, sondern selbst mit ihnen den Weg zur Sicherung des Friedens gehen“.

Scharf griff Rau in diesem Zusammenhang die CDU an. Ihn bedrücke, „warum es eigentlich den Streitpunkt des Friedens überhaupt in einer Partei nicht gibt, die sich als Sammlung der Christen versteht“. Wenn sich aber eine große Partei wie die CDU den „Fragen aller Generationen“ verweigere, dann sei das nicht mehr Sache dieser Partei allein, „dann leidet das ganze Volk“.

Frankfurter Allgemeine

Brandts Reifegepäck

Mc. Mit dem innerparteilichen Streit über die Sicherheitspolitik hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands abermals ein Wochenende hingbracht. Der nordrhein-westfälische Landesparteitag war noch die erfreulichste Veranstaltung — gemessen am Berliner Landesparteitag und zumal am Bundeskongreß der Jungsozialisten. Aber auch in Köln verbanden die Delegierten ihre weitere Zustimmung zum doppelteiligen Nachrüstungsbeschluß der Nato mit anti-amerikanischen Tönen und vor allem mit dem Pochen auf den Vorrang für Rüstungskontrollverhandlungen, die nur im Gleichrang mit der Raketen-nachrüstung erfolgreich sein können. Für die Reise des Parteivorsitzenden, der in dieser Woche in Moskau mit dem sowjetischen Partei- und Staatschef unter vier Augen über alles dies sprechen will, sind die Willensbekundungen seiner Partei von zusätzlicher ominöser Vorbedeutung. Die Moskauer Führung wird den Willen der Bundesrepublik als des wichtigsten amerikanischen Verbündeten, der sowjetischen Hochrüstung die Spitze zu nehmen, im Lichte der Wünsche sozialdemokratischer, nicht zuletzt jungsozialistischer Delegierter einschätzen, daß der Nachrüstungsbeschluß der Nato „gekloppt“ werden müsse. Dann braucht sie sich nicht zu rühren.

Rheinische Post

Hannes im Glück

Von Helmut Breuer

Auf verblüffende Weise hat der Parteitag der nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten in Köln wieder einmal bewiesen, wie wettwendisch es in der Politik zugehen kann und wie schnell die Spitzenmänner in der Gunst der Öffentlichkeit steigen und fallen. Vor kaum anderthalb Jahren war es Helmut Schmidt, der 100 Tage vor der Landtagswahl an Rhein und Ruhr seine Genossen aufrief, „Hannes“ Rau zu unterstützen, weil man sich mit diesem Mann „gut bedient fühlen“ müsse, wie der Bundeskanzler damals in Bochum herablassend formulierte. Am vergangenen Wochenende dagegen konnte Johannes Rau, den der sich nur noch mühsam an der Macht haltende Kanzler längst respektvoll mit dessen Taufnamen anredet, seiner Partei fast nebenbei den Auftrag geben, Schmidt zu unterstützen, weil man ja schließlich „nicht Leute erst hochjubeln und dann herunterholen“ könne. Denn angesichts der Zustände in Berlin, Hamburg, Hessen und Bonn sowie des linksradikalen Feldgeschreis der Jungsozialisten muß Schmidt froh sein, zumindest noch in Nordrhein-Westfalen sichere Mehrheiten zu haben und es sich gefallen lassen, daß man hierzulande Rau als seinen Nachfolger ins Gespräch bringt.

Denn im Gegensatz zu allen führenden Sozialdemokraten dieser Republik in Regierungsamtern steht der Nachfolger Kühns heute unangefochten an der Spitze einer sich nach außen geschlossen präsentierenden Partei und kann Wahlergebnis-

se wie stolze Trophäen sammeln. Der früher spöttisch als „Bruder Johannes“ apostrophierte Predigersohn blieb bisher immer mit seiner behutsamen Politik des Dialogs erfolgreich, weil er nach miserabilem Start eine Glückssträhne erwischte, die bis heute anhält. Trotz hoher Arbeitslosigkeit und eines drohenden Stahlgewitters über der Ruhr steht die einzige SPD-Alleinregierung in einem Flächenland nicht vor den Problemen, die anderswo die Partei spalten. Trotz einer so auch an Rhein und Ruhr lautstark artikulierenden „Friedensbewegung“ und einer virulent gewordenen Hausbesetzer-szene blieb die SPD in diesem Industrieland bis heute stabil, wozu die Aniehnung an die Gewerkschaften ebenso beitrug wie die Verwurzelung in der realitätsbezogenen Arbeitnehmerschaft, in der die Hansens und Eppers bisher kein Echo fanden. Zudem hat Rau das Glück, in Kabinett und Partei über Männer verfügen zu können, die für ihn die Kastanien aus dem Feuer holen und sich — wie am Samstag in Köln — mit den Gegnern des Doppelbeschusses anlegten, während Rau diplomatisch schweigen konnte.

Diese Politik des Moderierens schafft keine Feinde, solange Sozialdemokraten wie Farthmann oder Fossler zur Stelle sind, wenn es brenzlig wird. Und diese Politik bleibt mehrheitsfähig, solange Bezirksvorsitzende wie Bäumer oder Heinemann hinter den Kulissen Machtworte sprechen und Weichen stellen. Doch der Moderator Rau wird eines Tages auch beweisen müssen, daß er kämpfen kann. Erst diese Bewährungsprobe wird ausweisen, ob er das Zeug für höhere Aufgaben hat. Parteitags-Stimmungen sind dafür kaum ein Indiz.

Rheinische Post

29. Juni 1981

**SPD in Nordrhein-Westfalen: „Trotz Unklarheit über Verhandlungswillen der USA“**

# Sicherheitspolitik Schmidts gebilligt

## Minister Posser: Schlechteste Finanzlage

Von unserem Redaktionsmitglied Helmut Breuer

Düsseldorf – Trotz massiver Zweifel am Verhandlungs- und Friedenswillen der Vereinigten Staaten hat die nordrhein-westfälische SPD am Wochenende mit großer Mehrheit die Sicherheitspolitik von Bundeskanzler Schmidt und damit den NATO-Doppelbeschluß gebilligt. Zuvor war auf dem Parteitag des größten SPD-Landesverbandes in Köln

der Landesvorsitzende Ministerpräsident Rau erneut mit fast 92 Prozent der Delegiertenstimmen wiedergewählt worden. In der fast zwölfstündigen Diskussion zog Finanzminister Posser eine dramatische Bilanz der Haushaltslage des Landes und traf die Feststellung, daß die Finanzlage Nordrhein-Westfalens noch schlechter als die des Bundes sei.

Rheinische Post

# Sicherheitspolitik gebilligt

(Fortsetzung von Seite 1)

auch in der Beurteilung anderer politischer Probleme geschlossen. So wurde sowohl der Kurs der SPD-Landtagsfraktion in der Schutzpolitik gebilligt als auch die Energiepolitik der Landesregierung bestätigt, die sowohl den Vorrang für die Kohle als auch die Option für die Kernenergie betont.

Vergeblich versuchte Finanzminister Posser eine Resolution zu verhindern, die in seiner Abwesenheit vom Landesvorstand empfohlen worden war und auf dem Parteitag von Rau-Stellvertreter Zöpel unterstützt wurde. In ihr wird eine Umstrukturierung der öffentlichen Haushalte gefordert. Dafür seien „sowohl eine zusätzliche Kreditaufnahme als auch eine angemessene Anhebung der Steuerquote und auch eine Überprüfung von Subventionen geeignete Ansatzpunkte“. Posser argumentierte, beim Schuldenstand Nordrhein-Westfalens, dessen Kreditfinanzierungsquote Spitzenreiter sei, sei eine noch weitere Verschuldung nicht mehr zu verantworten. NRW habe 1974 eine Gesamtverschuldung von vier Milliarden Mark gehabt und benötige bereits im kommenden Jahr allein diese Summe, um nur die Zinsen zahlen zu können. Bei Neuverschuldungen von jährlich acht und mehr Milliarden Mark müsse das Land schon 1985 über sechs Milliarden Mark nur für Zinszahlungen aufbringen. Die SPD könne dann „für diejenigen, für die wir angetreten sind“, kaum noch etwas tun, da der Haushalt dies nicht mehr zulasse.

In seiner als wenig eindrucksvoll empfundenen Rede forderte Rau seine Partei auf, den Bundeskanzler zu stärken und noch mehr Geslossenheit zu zeigen. Im Zusammenhang mit Schmidt sagte Ministerpräsi-

dent Rau: Man dürfe nicht Leute hochjubeln und dann herunterhaken. Die nordrhein-westfälische SPD müsse einen Beitrag zur bundesweiten Festigung der Partei leisten. Zur Rolle der Sozialdemokraten in der aktuellen Friedensdiskussion erklärte der SPD-Landesvorsitzende: „Die Friedenspartei in der Geschichte unseres Volkes war und ist immer die Sozialdemokratische Partei“.

Als überraschend wurde empfunden, daß Rau in seiner Rede auch deutlich machte, daß er die Freien Demokraten auch bei der Landtagswahl 1985 am Wiedereinzug in den Düsseldorf-Landtag hindern will, um weiter mit einer absoluten SPD-Mehrheit regieren zu können. Seine Politik zielt darauf ab, sagte Rau, auch jene knapp fünf Prozent der Wähler für die SPD zu gewinnen, die im Mai 1980 noch für die FDP gestimmt hatten.

Bei den Vorstandswahlen wurden die bisherigen Stellvertreter Raus, Bundesfamilienminister Antje Huber und NRW-Stadtentwicklungsminister Zöpel, mit jeweils 217 von rund 330 Stimmen bestätigt. Das mit Abstand beste Ergebnis bei den Wahlen zum erweiterten Landesvorstand erhielt Finanzminister Posser.

Der Sprecher des Präsidiums der nordrhein-westfälischen CDU, von den Driesch, erklärte für die Opposition, die SPD habe auf ihrem Parteitag keine einzige Antwort gegeben, wie die Landesregierung die großen Arbeitsplatzsorgen und die dramatisch schlechte Entwicklung der Staatsfinanzen in den Griff bekommen wolle. Der „entscheidungs-schwache“ Rau habe sich lediglich bemüht, seine Genossen „vielzünftig auf Duldungskurs zu Schmidt“ zu halten.

Der von Rau in seinem Rechenschaftsbericht erbetenen Zustimmung zum sicherheitspolitischen Kurs der Bundesregierung folgte der Parteitag nach langer und kontroverser Debatte, in der sich vor allem Finanzminister Posser, Arbeitsminister Farthmann und der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Ehrhke, stark engagierten. Zuvor hatte der Landesvorstand seinen ursprünglichen Leitantrag zur Friedens- und Sicherheitspolitik stark verändert und im neuen Papier „eine automatische Stationierung von Mittelstreckenraketen, womöglich nur auf dem Boden der Bundesrepublik“ eindeutig verneint. Doch auch dieser Änderungsantrag

SEITE 2:

■ **Mannes im Glück**  
Leitartikel von Helmut Breuer

wurde vor allem auf Initiative von Ehrhke und dem Essener Landtagsabgeordneten Heinemann, einem Sohn des früheren Bundespräsidenten, erneut geändert und um einen Absatz ergänzt, in dem die Verhandlungsbereitschaft und der Friedenswille der Amerikaner massiv in Zweifel gezogen werden.

Wörtlich heißt es in dem Antrag: „Die SPD ist mit weiten Teilen der Bevölkerung besorgt über die bislang unklare amerikanische Haltung. Sind die USA zu baldigen Verhandlungen mit der UdSSR bereit und wollen sie – möglicherweise auch durch die vorherige Stationierung der neuen Waffensysteme in Europa – eine Position der Stärke erlangen? Es bestehen auch Befürchtungen einer Risikoverlagerung im Rahmen des Atlantischen Bündnisses.“ Außerdem ist in dem Vorstandspapier von „Zwischenlösungen, die Moratorien enthalten“, die Rede.

Obwohl die Mehrheit der zahlreichen Redner zu diesem Thema gegen den von der Bundesregierung übernommenen NATO-Doppelbeschluß sprach, stimmte der Parteitag mit großer Mehrheit für den Antrag, indem die Hoffnung geäußert wird, daß durch Verhandlungen der Abbau der sowjetischen SS-20-Raketen erreicht und die westliche Nachrüstung überflüssig gemacht werden kann. Bundeskanzler Schmidt hatte diese Zielvorstellung wiederholt als „theoretischen Idealfall“ bezeichnet.

Der Parteitag, der aus Zeitmangel die Beratung zahlreicher Anträge an den Landeshauptausschuß überwiegen, zeigte sich

(Fortsetzung auf Seite 2)

# Das Ja von Köln ist Raus Meisterstück

Der Parteitag ohne Narben - Possers großer Augenblick

Von RALF LEHMANN

WAZ KÖLN

Es war ganz still im Saal und mancher wurde doch sehr nachdenklich. Das war, als Johannes Rau, der für die SPD im Mai 1980 die erste absolute Mehrheit ihrer Landesgeschichte gewann, an andere Wahljahre erinnerte: an 49, an 53, an 57, an 61 - lauter Jahre, in denen die SPD, um Rau zu zitieren, glaubte, daß sie eingemauert und ausgesperrt sei von der politischen Verantwortung in Düsseldorf und in Bonn. Und Rau sagte auch, warum er diese alten Geschichten aufwärme: Weil viele der Jüngeren gar nicht mehr wüßten, und viele der Älteren vergessen hätten, „was das für eine zwanzigjährige Plackerei“ gewesen sei, die SPD an die Regierung zu bringen.

Nicht schwer zu begreifen, was Rau, inzwischen auch schon ein Fünfzigjähriger, den 318 Delegierten seiner Landespartei im Kölner Congress-Centrum damit sagen wollte: Wer will, daß das so bleibt, darf nicht den Weg der Selbstzerstörung gehen. Die SPD, das ist Raus Überzeugung, muß vor allem für den Wähler „annehmbar“ bleiben. Der Wähler, so Rau in Köln, darf nicht den Eindruck gewinnen: Wo die Sozialdemokraten zusammenkommen, sind sie so mit sich selber beschäftigt, daß die Sorgen, die die Leute wirklich haben, gar nicht mehr stattfinden.

Für alles, was auf diesem Parteitag behandelt werden soll, die heiß umstrittene Friedenspolitik, die Schulfrage, die Stahlkrise, ist dies Raus sehr einfaches Motto und Credo: Streitet Euch, diskutiert alles aus, aber am Ende muß die geschlossene Haltung stehen, „damit wir erkennbar, auffindbar, für den Bürger annehmbar bleiben“. Rau in beiderlei Gestalt: Der „Dialog-Präsident“, der alle ausreden läßt und niemanden vor den Kopf stößt. Und der Parteichef, der zum Ziel kommt, ohne daß er wie Börner die Vertrauensfrage stellen müßte.

Auch der erfahrene Politiker, der etwas von Strategie und Taktik versteht. Nicht nur durch breite Diskussion an der Basis, auch durch geschickte Handhabung hinter den Kulissen kommt es in Köln so, wie es kommen soll. Noch am Frei-

tag hat sich der Landesvorstand stundenlang mit dem Leit Antrag zur Friedensfrage herumgequält. Am Samstag ist der Initiativantrag da, den Peter Heinemann, der Sohn des verstorbenen Bundespräsidenten, dem Parteitag präsentiert. Was die Zweifler und Besorgten umtreibt, und was sie im Leit Antrag des Vorstands vermissen, wird noch hineinge-

## Die Linke hat keinen Egpler

Auch auf seine „Verbündeten“ kann sich Rau verlassen. Posser hat einen großen Augenblick, als er daran erinnert, daß er selber aus der Friedensbewegung der fünfziger Jahre gekommen ist. Aber den Frieden erschauen, das ist nun einmal eine Sache. Realpolitik heitreiben eine andere. Posser erinnert an Carters Vorleistungen, an den Abbau des amerikanischen Militäretats. Die sowjetische Antwort war die gewaltige Flottenausrüstung, die SS-20-Stationierung, der Einmarsch in Afghanistan. „Ich bin“, sagt Posser, „gegen die Pershing-Raketen, aber ich bin auch gegen die SS 20, die uns bedroht. Wir müssen die Tatsachen ins Auge fassen. Und wir dürfen die Amerikaner nicht hinstellen als die, die nicht für den Frieden sind.“

Furthmann, immer ein paar Grade schärfer, schlägt in dieselbe Kerbe. „Wir rüsten doch nicht aus Lux und Dollerei, sondern weil die Sowjetunion so gerüstet ist.“ Er formuliert aber auch am deutlichsten die

Bedenken gegenüber der Reagan-Administration. Stürmischen Beifall bekommt der Arbeitsminister, als er klarstellt, daß der Parteitag keinen Blankoscheck für die Amerikaner ausstellen soll. Jetzt gehe es um die Stärkung der Position von Schmidt und Brandt. Aber der Augenblick könne kommen, an dem die Bundesrepublik den USA sagen müsse: Da machen wir nicht mehr mit.

Im übrigen auf der langen Rodnerliste mehr Zweifler und Gegner als Befürworter der Rau-Linie. Hier kommt jeder zu Wort: Auch die Jusos sind du, trotz des Bundeskongresses in Lahnstein. Manches hört man mit Betroffenheit, auch wenn es politisch nicht realistisch ist: Wie kann man über Pazifismus erschrecken? Muß man nicht laut aufschreien, wenn die sozialdemokratische Regierung der Rüstung Milliarden in den Rechen steckt? Auch wenn wir auf die Nachrüstung verzichten, stehen wir doch nicht nackt da. Es geht doch nicht um pazifistische

Schwarmerei oder um totale Abrüstung, sondern um ein Nein, das die Rüstungsspirale endlich einmal stoppt.

Heike Peters, die Juso-Vorsitzende, Chucholowski und Amonit, der heilige Lake Merwitzka aus Siegen, Harald Swik vom Mittelrhein gehören zu den Rednern, die Gegenpositionen von unterschiedlicher Schärfe beziehen. Aber es ist ganz klar: Einen Egpler hat dieser Flügel der SPD in Nordrhein-Westfalen nicht.

Es gibt aber nicht die Verfeindungen, die die Diskussion in anderen Landesverbänden vergiften. Selbst wenn mal geizt wird, geschieht dies eher freundlich. Diese Debatte wird keine Narben hinterlassen.

## Westdeutsche Allgemeine Friedensdiskussion auch auf Katholikentag

Die Friedens- und Abrüstungsdiskussion wird, ähnlich wie beim Evangelischen Kirchentag in Hamburg, auch auf dem Deutschen Katholikentag im kommenden Jahr in Düsseldorf einen thematischen Schwerpunkt bilden. Das erklärte das Generalsekretariat des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken am Sonntag.

gleichwertige Ereignisse. In Wirklichkeit ist es ein großer Unterschied, ob sich die ordentlichen Delegierten der größten Parteiverbände äußern, oder ob es sich um die Vertreter einer eher lockeren Arbeitsgemeinschaft handelt, die weder für die jungen Mitglieder der SPD noch gar für die Jugend allgemein repräsentativ ist.

Es wäre falsch, Arbeitsgemeinschaften wie den Jusos (oder den sozialdemokratischen Frauen, die auch eine „Friedens“-Entscheidung verabschiedet hätten) die öffentliche Diskussion zu verbieten. Die Mutterpartei wie die von ihr getragene Regierung müssen das aushalten. Sie können nicht von der Pflicht entbunden werden, ihre Politik zu rechtfertigen. Sie bedürfen der Kritik. Es ist auch unvermeidlich, daß Unruhe in der Gesellschaft oder in ihren Teilen in die Partei hineingetragen wird.

Wichtiger ist jedoch, wie die regulären Organisationen der SPD entscheiden. So wie die hessische SPD zuvor, hat jetzt auch die nordrhein-westfälische gezeigt, daß die Partei hinter besonnenen Männern wie Börner und Rau, daß sie vor allem hinter Bundeskanzler Schmidt steht. In beiden Ländern wurden die Entscheidungen nicht vernebelt. Wie Börner sagte auch Rau unmittelbar, um was es geht. Das vermittelte Vertrauen. Es wurde mit Vertrauen erwidert.

SIEGFRIED MARUHN:

## Vertrauen aus NRW

In Lahnstein sprachen sich die Jungsozialisten einstimmig gegen den NATO-Doppelbeschluss aus, nachdem sie vorher darin wetteifert hätten,

Bundeskanzler Schmidt zu beschimpfen. In Köln unterstützen die nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten mit großer Mehrheit die NATO-Po-

litik und wählten mit noch größerer Mehrheit Johannes Rau wieder, der es als Hauptaufgabe der Partei bezeichnet hatte, jetzt Helmut Schmidt Rückhalt zu geben.

Wer spricht für die SPD? Wie es in manchen Medien, auch im Fernsehen dargestellt wurde, konnte man meinen, es handele sich zumindest um

# SPD in NRW steht voll zum Kanzler

## Hohes Votum für Rau als Landesvorsitzender

Von NRZ-Redakteur HORST-WERNER HARTELT

**KÖLN.** Die Politik des Bundeskanzlers, vor allem jedoch der seit Monaten umtriebene NATO-Doppelbeschluss, ist am Wochenende durch die SPD Nordrhein-Westfalens ausdrücklich bestätigt worden. Auf dem Landesparteitag ergaben sich bei einer Vielzahl von Anträgen, besonders bei der Entschließung der Sicherheits- und Friedenspolitik, überwältigende Mehrheiten.

In dem Beschluß wurde jedoch auch die von dem stellvertretenden Bundestagsfraktionschef Ehmke aufgeworfene Frage eingebracht: „Sind die USA zu baldigen Verhandlungen mit der UdSSR bereit, oder wollen sie möglicherweise durch die vorherige Stationierung der neuen Waffen-

Blick auf die Öffentlichkeit allein Grund habe, dem Bundeskanzler demonstrativ den Rücken zu stärken.“

Bei seinem Ausblick gab Rau zu verstehen, daß die SPD die absolute Mehrheit im Landtag

auch bei der nächsten Wahl erringen wolle, um nicht dann etwa wieder auf die FDP angewiesen zu sein. - 92 Prozent der Delegierten (292 von 318) bestätigten Rau in seinem Amt als Landesvorsitzender.

27. Juni 1981

Westdeutsche Allgemeine

Zitat des Tages

Es wäre nicht auszudenken, wenn die SPD so aussähe, als besäße sie vor lauter Rädern kein Zentrum mehr. In der SPD als linker Volkspartei darf Pluralität zwar kein Fremdwort, aber Schiefträge auch keine Dauerstellung sein.

Der niederrheinische SPD-Chef und NRW-Landwirtschaftsminister Bäumer.

Westfälische Rundschau

Im Kommentar des NEUS FEDDERSEN Bericht im Magazin von Horst-Werner Hartelt

systeme in Europa eine Position der Stärke erlangen?“

Der SPD-Landesparteitag bestätigte auch die Schul- und Energiepolitik der Landesregierung, wonach Gesamtschulen eingerichtet werden und die Option für Kernkraftwerke voll erhalten bleibt. In seiner Rede hatte Johannes Rau verdeutlicht, daß die SPD mit

### SPD-Landesparteitag in Köln

#### Johannes Superstar

Johannes Rau schwimmt innerparteilich auf einer Welle der Zustimmung. Das kommt nicht von ungefähr, ist aber nur zu einem geringen Teil mit dem Respekt vor dem Wahlsieger vom 11. Mai 1980 zu erklären. Denn die Bilanz der Landespolitik ist seitdem eher bescheiden. Rau personifiziert vielmehr seine Partei. Er tut das in weit größerem Maß, als das führenden Sozialdemokraten anderswo gelingt. Nicht zufällig werden Vergleiche zu Willy Brandt gezogen, nicht zufällig gehört Rau insgeheim zu seinen Nachfolgefavoriten.

Rau ist der Garant der Geschlossenheit, der scharf-kontroversen Diskussion ohne tödliche Verletzungen, der „Zuwender“, als den er sich selbst gerne sieht. Er beschert ununterbrochen auch einer zerstritten erscheinenden, hart diskutierenden Partei, das heimelige Gefühl der Geborgenheit und daß es sich - mit ihm - dennoch aushalten läßt. So verhilft er anderen zu Gelassenheit, sich selbst zu Stärke.

Johannes Rau, Superstar - er hat es, so stark ist sein Selbstbewußtsein, längst nicht mehr nötig, seine Rolle durch die Anwesenheit von Bonner Parteiprominenten aufwerten und weihen zu lassen. Er gehört selbst zur Prominenz.

Was die nordrhein-westfälische SPD etwa in Sachen NATO-Doppelbeschluss verlangt, stützt zwar - und nicht nur formal - den Kanzler, ist aber ebenso unmißverständlich kritisch gegenüber den USA und der Genscher-FDP. Die nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten lassen sich nicht bedingungslos disziplinieren. Sie mahnen ihrerseits vielmehr Sozialdemokratisches an. Dazu gehört auch die Bemerkung, daß die SPD die „Friedenspartei in der Geschichte unseres Volkes“ (Rau) sei.

Dieser Identitätsfindung hat der Kölner Parteitag gedient. Er hat zugleich versucht zu formulieren, was viele Teile der Bevölkerung bedrückt. Das vor allem macht Köln wichtig.

Bernd Kloffner, Düsseldorf

Westdeutsche Zeitung

### Rau und seine Partei

Von Werner Freitag

Das heißt derzeit was bei der SPD: Nicht mit dem Rücktritt drohen und trotzdem von 92 Prozent aller Delegierten wiedergewählt werden. Nordrhein-Westfalens SPD-Landesvorsitzender und Ministerpräsident Johannes Rau hat dieses am Wochenende auf dem Landesparteitag geschafft. Staunen ist erlaubt. Auch die Frage: Wie macht dieser Mann das bloß, dem zunehmend seltener die Plakette aufgeklebt wird, ein Zauderer und Zögerer, ein bloßer „Dialogpräsident“ des größten Bundeslandes und ein „Meister im Wegtauchen“ zu sein?

Sein und seiner Landespartei Naturell ergänzen sich glücklich. Hierzulande ist die SPD überwiegend noch mit der Arbeiterschaft und den großen Gewerkschaften verzahnt. Die Bergarbeiter in der die Kernkraft befürwortenden IG Bergbau, die als „Bullen“ beschimpften oder als Allheil-Einsatztruppe überforderten Polizeibeamten, die krisenbedrohten Stahlarbeiter: Ihre Sorgen und Nöte, Hoffnungen und Wünsche finden weder ein lebenswirkliches Verständnis noch Niederschlag etwa bei den Jungsozialisten. Aber um so mehr bei einer stetigen, unradikalen SPD. Die greift unter Rau nicht nach ideologischen Sternen (oder Scheuklappen) und wird nur energisch, wenn es für sie ans traditionell Eingemachte geht.

Bei der SPD ist das derzeit ohne Beispiel, wie der Landesparteitag bei so heißdiskutierten Fragen wie Friedenssicherung, Gesamtschulpolitik, Hausbesetzungen, Kernenergiepolitik immer zu weit über 80 Prozent dem Landesvorstand folgte - nicht weil der autokratische Allüren, sondern im Gegenteil ganz offene Verfahren an den Tag legt. Gewiß doch: Das ist mit großem taktischen Geschick gepaart, was ja nicht verboten ist. Ohne profilierte Weg- und Parteigenossen wie die Landesministerriege könnte Rau das so nicht schaffen. Aber er schart eben solche Leute um sich.

Wenn Politik die Kunst des Möglichen ist, dann beherrscht Rau diese Kunst in seiner Partei, dem mit 288 000 Mitgliedern bei weitem größten SPD-Landesverband, vollendet. Vor zwei Jahren, als Europa-, Gemeinde- und Landtagswahl bevorstanden, bekam er 95 Prozent der Parteidelegierten-Stimmen. Jetzt, wo Stobbe in Berlin und Klose in Hamburg zurücktraten, Schleswig-Holsteins und Baden-Württembergs SPD ihr Achzen haben, Börner den Knüppel der Vertrauensfrage schwingen mußte, haben seine „nur“ 92 Prozent einen noch höheren Rang.

Der „Bruder Johannes“ hat spätestens seit dem Wochenende außerhalb seiner Partei zunehmend den Platzvorteil verloren, als nützlich, aber eben doch harmloser Mann zu gelten.

29. Juni 1981

Neue Rhein Zeitung

Neue Rhein Zeitung  
JENS FEDDERSEN

## Die Kanzler-SPD Für Schmidt, für Rau

Es gab und gibt örtliche und regionale Veranstaltungen und Parteitage der SPD, auf denen viele Stunden lang über die kompliziertesten Probleme im letzten Winkel der Welt diskutiert wird, doch niemand die Frage stellt oder gar eine Antwort gibt, mit wieviel Wohnungen für junge Schichtarbeiter die Städte Duisburg, Essen und Oberhausen rechnen können. Auch das Erteilen von Zensuren an Groß- und Supermächte, an Diktatoren aller Schattierungen wird immer wieder als unverzichtbar empfunden; oft nur deshalb, weil die Schelte nach außen der noch einzige gemeinsame Nenner ist.

### Glaubwürdig

Der Kölner SPD-Parteitag hat bestätigt, was man ihm erwartet worden war: Die Sozialdemokraten in NRW legen zwar die gegenwärtige bundesweite Haupt- und Staatsfrage, den NATO-Doppelbeschluss, keineswegs unter den Teppich. Aber sie wissen, daß sie sich vor Ort mit einer Vielzahl anderer Fragen zu beschäftigen haben.

Im Land an Rhein und Ruhr wird nun mal Praxisnähe erwartet. Die Politik für Nordrhein-Westfalen, so Johannes Rau, muß glaubwürdig, berechenbar und durchschaubar sein. Das ist sie - alles in allem. Hier wird eben noch über Wohnungsmangel und Arbeitslosigkeit, über die Stahlindustrie und über den Türken-

Anteil in Schulklassen diskutiert. Aus den Reden der Ministerriege klingt ein optimistischer Grundton, Stolz auf die Leistung, Stolz auf NRW. Die Polizisten unseres Landes werden nicht verteuert und die Hausbesetzer nicht zu einer von staatswegen noch zu fördernden Jugendbewegung hochstilisiert.

### Eindeutig

In NRW und in der Düsseldorfer Regierung stimmen die Proportionen und Gewichte. Da ist die Vernunft noch das wichtigste Mittel praktischer Politik. Da gilt Augenmaß, und der Begriff Sicherheit hat einen höheren Stellenwert als jede Vision.

So gesehen, haben in Köln nicht die Beschlüsse und Bestätigungen als solche über-rascht, sondern die Eindeutigkeit.

Die volle politische Unterstützung der Bonner Regierung, die Rückendeckung für Helmut Schmidt und das so gut wie einmütige Bekenntnis zum Doppelbeschluss der AI-

# Delegierte honorierten Wahrheit und Klarheit Johannes Rau mit 92 Prozent wiedergewählt

Von NRZ-Redakteur HORST-WERNER HARTELT

KÖLN. Nachdem am Tresen der Bank für Gemeinwirtschaft nicht weniger als 300 Liter Kaffees gratis ausgeschenkt waren, und die 300 Delegierten des SPD-Landesparteitages noch immer nicht nach Hause gingen, wurde die spendable Präsentation eingestellt. Es war an diesem letzten Samstag inzwischen 18 Uhr geworden und worauf alles wartete, darunter Frankreichs Generalkonsul, Pierre Kauffmann mit vielen anderen Beobachtern aus dem In- und Ausland, kam erst neun Stunden nach Kongreßöffnung zur Sprache: Der NATO-Doppelbeschluss.

Teils unter Gelächler produzierten sich noch nie so viele selbsternannte Raketenexperten, teilweise Jungpolitiker, die bislang nur als Pazifisten bekannt geworden waren. Als der ehemalige Juso-Vorsitzende Vollmann besonders wichtig und mit schneidender Stimme die von ihm erkannte Raketenstrategie der Weltmächte darzulegen versuchte, brüllte ihn der ganze Parteitag wie ein Mann an: „Mensch, nicht so laut!“ Mit der ganzen Wucht

### Hinter den Kulissen

seiner Person warf sich Minister Farthmann ins Wortgetümmel und Dr. Posser heilante Analyse kühlte zusätzlich die Hitzköpfe ab, denen der Kongreß teils murrend, teils teilnahmslos zugehört hatte. Der zehnte Delegierte in der fensterlosen Halle von Rauch und Dunst kämpfte hinter den Kulissen: Dr. Peter Heinemann, Sohn des früheren Bundespräsidenten. Dieser Landtagsabgeordnete aus Essen ließ nicht eher locker, bis in die Entschließung der Pas-

sus aufgenommen wurde ... besorgt über die belang unklare amerikanische Haltung ...

In einer bisher nicht bekannten Lautstärke wurde der Doppelbeschluss in Form einer Entschließung mit Applaus bedacht. Danach erst bemerkten die Kulturpolitiker, daß sie auf der Strecke geblieben waren, denn kurz vor 21 Uhr blieb für sie nicht mehr viel Zeit. Viele Delegierte packten bereits ihre Sachen. Das Thema Gesamtschule, von vielen erschüttert, von manchem befürchtet, wurde kurz und bündig abgehackt. SPD-Fraktionschef Denzer trat energisch allen Versuchen entgegen, am Gesetzentwurf zur Einführung der Gesamtschule herumzubahneln, und in den Bankreihen der Experten wurde schon geflüstert, daß gar die einzige Hauptschule demnächst auf dem Lande eine Chance haben soll.

Keine Chance hatte übrigens auch Prof. Küchenhoff bei seinem Versuch, zugunsten der Hausbesetzer in das geltende Recht eine Bresche zu schlagen. Innenminister Dr.

Schnoor und Justizminister Inge Donnepf traten ihm frontal entgegen. Von 315 Delegierten stimmten 298 gegen Küchenhoffs Antrag.

Ein Parteitag der Klarheit und der Wahrheit, die Dr. Posser auch in seiner Eigenschaft als Finanzminister mit Blick auf die leeren Landeskassen schonungslos offenbarte. Wer geglaubt hatte, diese Offenheit würde ihm schaden, sah sich getauscht. Wiederum erhielt Posser die höchste Stimmen-

### Keine Begründung

zahl (208) bei der Landesvorstandswahl. 92 Prozent der Delegierten hatten Johannes Rau zum Landesvorsitzenden gewählt, 91 Prozent Dieter Posser zu seinem Beisitzer. Die offiziellen zwei Stellvertreter von Johannes Rau, Frau Antje Huber und Dr. Christoph Zepel strahlten allerdings nicht so glücklich drein, denn beide mußten bei ihrer Wiederwahl mit je nur 217 Stimmen zufrieden sein. Warum, wieso - eine Begründung blieben die Delegierten schuldig.

## 92 Prozent gaben Rau ihre Stimme

### NRW-SPD demonstrierte Geschlossenheit

Köln/Berlin (dpa). In der SPD stellte sich in Köln monstrationen Bekenntnissen entschieden hinter ihren Land- und Appellen stand am desvorsitzenden, Ministerpräsidenten Johannes Rau, und die parteitag der Sozialdemokraten in Berlin und Nordrhein-Westfalen die Geschlossenheit der Partei im Mittelpunkt. Die nordrhein-westfäl-

lianz.

Das extrem hohe Maß an Vertrauen für Johannes Rau - ein Beweis dafür, daß dieser Ministerpräsident innerhalb seiner Partei ohne Einschränkung akzeptiert ist.

Noch mehr war in Köln nicht zu erwarten - und für die SPD nicht notwendig. Ein solcher Parteitag zeigt, daß die SPD in NRW die eigentliche Kanzler-SPD der Bundesrepublik ist.

Die Berliner SPD zeigte Einstimmigkeit in verschiedenen Resolutionen. Ihr Landesvorsitzender Peter Glotz und der Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhause, Hans-Jochen Vogel, bezeichneten es als notwendig, „innerparteiliche Rachehelden“ zu vermeiden und „neue Formen des Umgangs“ zwischen Sozialdemokraten und den von ihr getragenen Regierungen zu finden. Diskussionen dürften nicht so ausgetragen werden, daß sie zu Haß und Feindschaft führen.

Die den ganzen Parteitag

über durchgehaltene Geschlossenheit der nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten stand in deutlichem Gegensatz zu anderen SPD-Landesverbänden. Ihrem Landesvorsitzenden Rau lieferten die Delegierten einen geradezu überwältigenden Vertrauensbeweis, als sie ihm bei seiner Wiederwahl zu 92 Prozent ihre Stimme gaben. Zu Beginn und am Schluß des Parteitages hatte Rau seiner Partei den „Auftrag“ erteilt, den Kanzler zu stärken „und noch mehr Geschlossenheit zu zeigen“.

Auch Rau rief dazu auf, eigene Querelen nicht zum Gegenstand der Auseinandersetzungen zu machen, sondern sich mehr mit der Union zu beschäftigen, die in „unverantwortlicher“ Weise die Ängste der Bürger vor der Nachrüstung übergehe. Er machte deutlich, daß er die FDP auch bei der Landtagswahl 1985 am Einzug in das Düsseldorfer Parlament hindern will, um weiter mit einer absoluten SPD-Mehrheit regieren zu können.

Siehe Kommentar und Hier und Heute

29. Juni 1981

Westfälische Rundschau

**Rau mit großer Mehrheit als Landesparteichef bestätigt**

**SPD: Ohne Verhandlungen keine**

**neuen Atomwaffen nach Europa**

Köln. (da) Die nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten sind mit überwiegender Mehrheit der Meinung, daß Abschlagsverhandlungen „unbedingt Vorrang“ vor weiterer Abrüstung haben müssen. Ohne Verhandlungen würde es keine Stationierung neuer Atomwaffen in Europa geben. Mit einem sensationell großen Vertrauensvotum ist zugleich der SPD-Landesvorsitzende, Ministerpräsident Johannes Rau, in seinem Parteiamt bestätigt worden.

Auf dem SPD-Landesparteitag am Wochenende in Köln gab es nur klare Mehrheiten:

• Für Rau, der sich zum zweiten Mal zur Wiederwahl stellte, stimmten 252 von 318 Delegierten, lediglich 20 entschieden sich mit Nein. Klar bestätigt wurden auch Raus Stellvertreter Bundesgesundheitsministerin Anja Huber und Landes-Wohnungsbauminister Christoph Zöpel.

• Gegen eine Minderheit von etwa 30 Delegierten bestätigte der Parteitag auch den NATO-Doppelbeschluss. In ihrer Entschliessung betont die SPD seinen Verhandlungsteil. Sie äußert sich zugleich „besorgt über die bislang

unklare amerikanische Haltung.“ Man will vor allem wissen, ob die USA zu „baldigen Verhandlungen mit der UdSSR bereit“ sind.

Auf dem Weg zur Abrüstung seien „auch Zwischenlösungen denkbar, die Moratorien enthalten“. Einen solchen Vorschlag des sowjetischen KP-Chefs Breschnjow hat bislang die Bundesregierung auf Druck von FDP-Chef Genscher abgelehnt.

Bericht Seite 8

Westdeutsche Zeitung

**Unter Rau zog die SPD geschlossen durchs Ziel**

**Starke Mehrheit für seinen Kurs in allen strittigen Fragen**

Von unserem Redaktionsmitglied Werner Freitag

Köln. Mit der überzeugenden Mehrheit von 91,7% haben die 318 nordrhein-westfälischen SPD-Delegierten am Wochenende in Köln ihren Landesvorsitzenden Ministerpräsident Johannes Rau wiedergewählt. Und durch Überarbeitung noch am Vortag, schließlich mit einer Ergänzung wenige Stunden vor der Diskussion und Abstimmung, polierte der Parteivorstand seinen Antrag zur Friedens- und Si-

cherheitspolitik so um und auf, daß ihm nur etwa zehn Prozent die Zustimmung verweigerten: Anerkennung des NATO-Doppelbeschlusses zum derzeitigen Moment bei gleichzeitig geäußertem Zweifel am unbedingten Verhandlungswillen der USA. Um das Maß der Geschlossenheit vollzumachen, bestätigten rund 85% auch die (Gesamt-)Schulpolitik der SPD-Regierung und Landtagsfraktion.

Vor seiner Wiederwahl hatte Rau in einer einstündigen Rede die Devise ausgegeben, daß nach einer offenen Diskussion die Geschlossenheit stehen muß, „damit wir erkennbar, auffindbar, mit Profil und Gesicht für den Bürger annehmbar sind.“ Dann der Grundsatz seines politischen Handelns: „Denn unsere Annehmbarkeit ist der Schlüssel zum Wahlerfolg.“

So war denn auch der Landesvorstandsantrag zum NATO-Doppelbeschluss für die überstarke Mehrheit der Delegierten annehmbar gemacht worden: Die Zustimmung zum Doppelbeschluss hatte man am Vortag mit der Erinnerung an den Berliner Parteitagsbeschluss angereichert, wonach „Verhandlungen zur Verhinderung der neuen Waffensysteme in Europa unbedingt Vorrang haben“ müssen.

In enger Zusammenarbeit mit der Antragskommission des Parteitags wurde dann anderntags noch die besorgte

Frage hinzugefügt: „Sind die USA zu baldigen Verhandlungen mit der UdSSR bereit, oder wollen sie — möglicherweise auch durch die vorherige Stationierung der neuen Waffensysteme in Europa — eine Position der Stärke erlangen? ... das kann dem Frieden nicht dienen.“

Über zwei Stunden lang gingen 25 Delegierte ans Rednerpult. Einer bekannte, durch die neue Endfassung sei der Vorstandsantrag für ihn akzeptabel geworden. Der war es dann für gut und gerne neun Zehntel der 318 Delegierten.

Ohne Nachschiebungen kam es auf dem Parteitag fernor zu überaus starken Mehrheiten der Delegierten für die auch innerparteilich so lautstark diskutierte Schulpolitik und die Energiepolitik. Es blieb bei dem behutsamen Ja des Landesparteitags von vor zwei Jahren zur Kernenergie, über deren umfänglicheren Einsatz oder Nicht Einsatz voraussichtlich erst 1990 zu entscheiden

sei. Und ebenso beim Thema Hausbesetzungen bekam der Parteivorstand seinen Antrag mit rund 90% der Delegiertenstimmen bestätigt; Hausbesetzungen sind in jedem Fall unrechtmäßig.

Die Diskussion des Parteitags war absolut offen, ausführlich und gegensätzlich, dabei nahezu frei von Verdächtigungen andersdenkender Genossen. Die Gegner der Landesvorstandsanträge kamen ausgiebig zu Wort, so beispielsweise sieben von 15 Disputanten nach Raus Rede, zwei von fünf Rednern zur Frage der Hausbesetzungen, 12 von 25 zum NATO-Doppelbeschluss.

Zuvor hatte es Rau bedrückend genannt, daß „es eigentlich den Streitpunkt der Friedenssicherung in einer Partei überhaupt nicht gibt, die sich als Sammlung aller Christen versteht“. Die CDU konterte: Sie eben „könne ihre Politik ohne internen Streit gestalten“.